1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 33/34 vom 23. August 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Brandstifter

Nachdem in der Vergangenheit immer wieder höchste Kirchenvertreter den Schwangerschaftsabbruch von Frauen mit dem Massenmord der Nazis an den Juden verglichen haben, (wobei den Nazis in der Regel noch zu Gute gehalten wurde, daß sie ihre Verbrechen aus ideologischen Gründen begingen, Frauen dagegen aus reinem Egoismus abtreiben würden), hat der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Friedrich Wetter, den Schwangerschaftsabbruch jetzt auf eine Stufe mit dem Verbrechen eines Atomkrieges gestellt.

Die Abtreibungspraxis in der Bundesrepublik, so der Kardinal, sei „ein schlimmes Zeichen, das an Schrecklichkeit nicht hinter den Atompilzen von Hiroshima und Nagasaki zurückstehe". Und: „die Menschheit sei über die weltweite atomare Bedrohung zu Recht bestürzt. Allein in der BRD würden aber in einem Jahr mehr als 200 000 Kinder im Mutterschoß getötet, was die Zahl der Opfer der beiden Atombomben von 1945 in Japan noch übersteige."

Das ist ungeheuerlich — Volksverhetzung gegen alle Frauen, die einen Abbruch vorgenommen haben, Pogromhetze gegen alle, die mit Schwangerschaftsabbrüchen zu tun haben. Was will der Kardinal? Daß es in der Bundesrepublik nicht bei Anschlägen gegen pro familia bleibt? Daß es zum Bombenkrieg gegen Kliniken und Arztpraxen kommt wie in den USA?

Es ist ungeheuerlich, was der Kardinal sagt. Aber es ist genauso ungeheuerlich, daß er das ungestraft tun kann, daß niemand Konsequenzen fordert und die meisten Zeitungen das Ganze mit einer Mini-Meldung abtun. Diesen kirchlichen Brandstiftern muß endlich das Handwerk gelegt werden. Von Staats wegen, aber auch durch innerkirchlichen Druck.

Der vierte „Pool" zum Politikerkauf am Pranger

Versicherte Versicherungskonzerne

Der „Spiegel" mit dem direkten Zugang zu den Akten der Staatsanwaltschaft enthüllte in dieser Woche den gesamten Umfang der Bestechungspolitik der Versicherungskonzerne. Was vor allem neu war an der Information: Ähnlich wie die Pharmakonzerne, die Tabakbranche und die Kaufhäuser hatten auch die Versicherungen einen regelrechten gemeinsamen Pool gegründet, aus dem Politiker finanziert wurden. Daß nebenbei auch noch Gelder von einzelnen Konzernen flossen (sowohl von am Pool beteiligten, wie auch anderen etwa bekanntermaßen dem Gerling-Konzern) ist feststehende Tatsache.

Seit 1949 gibt es den nunmehr berüchtigten „Arbeitskreis Private Versicherer", seit 1947 „spendet" die Versicherungswirtschaft gezielt Geld, um ihre Interessen durchzusetzen.

Dabei hielten die Geldgeber protokollarisch fest, worum es ihnen mit ihren alljährlichen Millionen ging:

„Stellungnahmen der Versicherungswirtschaft zu einzelnen Gesetzgebungsvorhaben als Beiträge zur Meinungsbildung aufnehmen" — darin bestand die gekaufte „Dienstleistung" der jeweiligen Empfänger.

So deutlich hat — außer Flick — noch keiner der Politikereinkäufer großen Stils, die diese parlamentarische Demokratie beherrschen, seine Absichten kundgetan: Wer Geld kriegt, muß unseren Willen zur Kenntnis nehmen. Und Geld kriegten sie en masse: Jährlich zwischen 50 und 100 Bonner Abgeordnete, Staatssekretäre und Ministeriale. Ausdrücklich werden in den beschlagnahmten Protokollen des „Arbeitskreises" zwei Prinzipien festgehalten: Kein Geld an Hinterbänkler, unterschiedlich viel Geld an verschiedene Leute, je nach Einfluß.

Der Einfluß der Versicherungskonzerne auf die Politik der Bundesregierung ist mit der zunehmend wichtigeren Rolle dieser Konzerne im Rahmen des bundesdeutschen Finanzkapitals ständig angestiegen. Hochrangig waren ihre Interessenvertreter seit langem: Ob der frühere Finanzminister Möller (SPD) oder, erst recht, der spätere Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP), der auch am allermeisten Geld erhielt. Besonders bevorzugt wurden auch die parlamentarischen Staatssekretäre in den Ministerien für Finanzen oder Wirtschaft.

Die Hauptstoßrichtungen des Geldstroms der Versicherer waren offensichtlich vor allem drei: Zuerst ging es ihnen um die Verteidigung ihrer sogenannten freien

Fortsetzung auf Seite 2

Südafrika

Ohne Druck wird sich nichts verändern

Nach den Geheimgesprächen der südafrikanischen Rassisten mit Politikern aus den USA, Großbritannien und Bonn wurde so getan, als würde sich bald was ändern. Die groß angekündigte Rede des südafrikanischen Premiers Botha, sein Gespräch mit den Kirchenführern hat gezeigt, daß das alles Schaumschlägerei war, ein Spiel auf Zeit. Die Rassentrennung bleibt, die Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Schwarzen bleibt als Grundsatz des Systems bestehen. Und die Millionen schwarzen Bewohner kämpfen weiter für ihre Freiheit — stehen einem brutalen Terrorapparat dabei gegenüber.

Den Forderungen der Opposition in Südafrika, die Aufhebung der Apartheid, dabei konkret die diskriminierenden Paßgesetze, das verhaßte Bildungssystem, die Zwangsumsiedlungen und die Zuwanderkontrolle für Schwarze begegnet das Regime mit einem deutlichen Nein. Ebenso der weltweit unterstützten Forderung nach Freiheit für den ANC-Führer Nelson Mandela und aller politischen Gefangenen.

Nur wenige Freunde des Rassistenregimes haben Bothas Rede gelobt. Dabei natürlich die CSU, deren Südafrika-Experte Hans Graf Huyn, der sie einen *„bedeutenden Schritt"* nannte. Anders z.B. die australische Regierung, die Konsequenzen zog. Sie verhängte ein generelles Exportverbot für Erdöl- und Erdölprodukte nach Südafrika, verbot die Ausfuhr von Computer-Hardware und allen Produkten, die der südafrikanischen Polizei oder dem Militär nutzen könnten. Alle staatlichen Investitionen werden gestoppt und die Handelsvertretung Australiens in Südafrika geschlossen.

Bonn hält sich trotz der täglichen Meldungen über den mörderischen staatlichen Terror in Schweigen. Die Solidaritätsbewegung aber wird aktiver. Mehr als ein Dutzend Organisationen, von der Antiapartheidsbewegung über den Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen bis hin zu den Grünen und viele andere **rufen für den 21. September zu einer zentralen Demonstration in Bonn auf.**

Mehr zu Südafrika in der Mitte dieser Ausgabe des RM: **Kein Frieden unter der Apartheid!**

Birkel will zurückschlagen/Tyrell geständig

„Unser täglich Gift gib uns heute ..."

Die baden-württembergischen Nudelproduzenten reagierten hektisch und schnell. Wie andere auch beteuerten sie ihre Unschuld, attackierten die Behörden wegen angeblich falscher Untersuchungsmethoden und logen, daß sich die Balken bogen. Währenddessen gestand der frühere Präsident des Winzerverbandes, Tyrell, vor Gericht, 12 Jahre lang gepanscht zu haben. Lebensmittelindustrie im Kapitalismus: Immer minderwertigere Produktion, um den Profit zu erhöhen.

Reue zeigten auch die Nudelpanscher nicht, im Gegenteil. Alle Vorwürfe seien unzutreffend. Die Leute, die jahrzehntelang mit Schlagworten wie „Frischeinudeln" Reklame machten, wollen nun plötzlich besondere Vorzüge bei neun Tage alten Eiern entdeckt haben: Jeder spinnt sich seine eigene Verteidigungslüge.

Nicht jeder allerdings so dreckig wie eine Frau Rihm, Geschäftsführerin der inzwischen berüchtigten „3 Glokken": „Wenn sie einen Salatkopf essen, der vorher eine Türkin angefaßt hat, dann haben sie viel mehr Bakterien auf dem Tisch, als bei unseren Nudeln". Diese Nazi-

Frau gehört nicht nur wegen Rassenhetze angezeigt, sondern müßte jahrelang ihr eigenes Zeug fressen (das ja übrigens in dieser Hetztirade eingestandenermaßen, eben doch Bakterien hat).

Klaus Birkel, der Chef des größten bundesdeutschen Herstellers, läßt sich mit solchen Niederungen nicht ein, er will auf anderer Ebene zurückschlagen: Ähnlich wie sein „Kollege" Pie-

Fortsetzung auf Seite 2



Wertewandel: Ewig wurde Reklame für Frischeinudeln gemacht...

CDU-Fraktion für Kronzeugen

Einer der bisher ranghöchsten Vorstöße für die Einführung des Kronzeugen unternahm in der letzten Woche der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Miltner. Er berief sich dabei vor allem auf die Erfolge bei der „Terroristenbekämpfung in Italien". Miltner trug diese Forderung im Rahmen eines ganzen Katalogs vor, mit dem er zur innenpolitischen Zwischenbilanz der Wenderegierung beitrug.

Das ganze Arsenal der Gründung einer neuen Geheimpolizei wurde von Miltner eingeführt: Rasterfahndung, V-Leute-Einsatz, die sogenannten verdeckt arbeitenden Beamten und eben, als Krönung: der Kronzeuge. Womit der legalisierte Weg zum Einsatz beamteter Provokateure endgültig begangen wäre — alle Voraussetzungen dafür sind, zum Teil schon seit 1977, geschaffen.

Der Kronzeuge: Im englischen Recht ein Tatbeteiligter der als Hauptbelastungszeuge auftritt und dafür Straferlaß oder -minderung erhält ist im juristischen System der BRD ein bisher unbekannter Fremdkörper. Aber das waren solch dubiose Dinge wie Rasterfahndung einst auch — und wie damals soll auch heute der Boden zur Einführung neuer antidemokratischer Maßnahmen mit angeblicher Terroristenjagd begründet werden. Bisherige Vorstöße scheiterten an relativ breitem Protest — hoffentlich bleibt dies so.

Denn: In welches Bild einer politischen Landschaft dieser Kronzeuge Miltners paßt, machten seine weiteren Ausführungen deutlich. Änderung des Asylrechtes im Grundgesetz (nachdem es schon weitgehend ausgehöhlt wurde) gehörte dabei zu den lautest gepriesenen Maßnahmen dieses sogenannten Demokraten.

Ernst Breit hat Sorgen im Hinblick auf die Aktionswoche des DGB im Oktober. Ende letzter Woche ließ er eine Erklärung verbreiten, in der es hieß:

„Die Gewerkschaften werden das Gespräch führen. Gleichzeitig werden sie alles tun, um eine Entmotivierung ihrer Mitglieder zu vermeiden und einer möglichen Hinhaltetaktik der Regierung zu begegnen."

Die Lageeinschätzung ist sicher zutreffend. Seitdem klar ist, daß die DGB-Spitze sich mit den Unternehmervertretern und der Bundesregierung am 5. September zum gemeinsamen Gespräch treffen wird, ist aus der Mobilisierung für den Oktober viel Luft raus. Ernst Breit meint, den Grund zu kennen:

Der Entmotivierung vorbeugen?

„Natürlich weiß jeder Gewerkschafter, daß die Bundesregierung mit ihrem Vorschlag, gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien die Arbeitsmarktprobleme konkret anzupacken, auch darauf ist, Zeit zu gewinnen, sich ein Alibi für eigene Untätigkeit zu verschaffen und Proteste zu unterlaufen."

Also, die Regierung will die Proteste unterlaufen. Der „Dreier-Gipfel" am 5. September ist ihr dazu ein taktisches Mittel. Der Hauptvorstand der IG Druck & Papier spricht von „Täuschungsmanöver", „Hinhaltetaktik", „Umarmungstaktik".

Diese Seite der Einschätzung ist sehr einsichtig. Wenig einsichtig ist jedoch, daß der DGB sich darauf einläßt. Ernst Breit spricht von Kohls Vorschlag, „die Arbeitsmarktprobleme konkret anzupacken". Das soll wohl heißen, der DGB konnte sich einem „konkreten Vorschlag" nicht entziehen, um sich nicht dem Vorwurf der „Obstruktion" in der Öffentlichkeit auszusetzen.

Nur ist die Situation nicht einmal im Ansatz so. Daß es irgendeinen konkreten Vorschlag dieser Regierung gibt, die Arbeitsmarktprobleme anzupacken, ist schlichtweg gelogen. Die Regierung hat es vielmehr rundweg abgelehnt, beschäftigungspolitische Maßnahmen zu ergreifen, die auch nur annähernd als wirkungsvoll gewertet werden könnten.

Wenn immer von Beschäftigungspolitik die Rede ist, verweist diese Regierung nach wie vor auf das Beschäftigungsförderungsgesetz und macht damit deutlich, wie sie das Problem sieht: rechtlos und billig muß der Arbeiter sein, Ausbeutung muß sich richtig lohnen.

Der konkreteste Vorschlag, der in der letzten Zeit aus Koalitionskreisen kam zum Thema Senkung der Arbeitslosigkeit, ist erst recht von der makabren Art: raus mit den Arbeitslosen aus der Arbeitslosenstatistik, unter den Teppich mit dem Elend, dann ist das Thema raus aus der öffentlichen Diskussion, dann können Kohl und Konsorten und der BDI der nächsten Bundestagswahl mit mehr Zuversicht entgegensehen.

Da liegt doch der Hase im Pfeffer: die Wende hat Anhangprobleme. Die Aufschwungpropaganda hat sich schnell verbraucht. Viel mehr Menschen als es den Wendestrategen recht sein kann, sind keineswegs bereit, die Massenarbeitslosigkeit zu akzeptieren.

Die Situation für die Gewerkschaften ist günstig. Der Teilerfolg im Kampf für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit hat die öffentliche Diskussion positiv beeinflußt. Die Regierung kann sich die „absurd, töricht, dumm"-Haltung nicht mehr leisten.

Seit der Wende war die Chance der Gewerkschaften, durch eine Massenmobilisierung die Regierung zu Zugeständnissen zu zwingen, noch nie so groß.

Aber ausgerechnet in dieser Situation hat die DGB-Spitze nichts besseres zu tun, als der Regierung zu helfen, ein Täuschungsmanöver durchzuführen.

Ernst Breit hat recht: der Entmotivierung muß entgegengewirkt werden. Es gibt nur einen Weg, das zu tun: die Mobilisierung für den Oktober muß verbunden werden mit der Forderung nach dem Stopp der Kanzler- und Dreier-Gespräche, solange nicht tatsächlich konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Versicherte Versicherungskonzerne

Fortsetzung von Seite 1

Marktwirtschaft; aber offensichtlich nur als Ideologie und Erweiterungsanlagefeld, denn zweite Stoßrichtung war es, stets das Versicherungskartell mit seinen abgesprochenen überteuerten Prämien aufrechtzuerhalten (banal gesagt: Profit zu scheffeln), und drittens ging es ihnen um die Beeinflussung der gesamten Sozialgesetzgebung in ihrem Sinne.

„Wie sich die Gelder auf diverse Empfänger verteilten, geht beispielsweise aus einer Rechnung hervor, die Vorsitzender Stech bei der 46. Sitzung des Arbeitskreises am 4. November 1976 aufmachte: Von insgesamt 1,6 Spendenmillionen seien in jenem Jahr 950000 Mark Kandidaten direkt zugeflossen, davon 515000 Mark an Unionsleute und 245000 Mark an Liberale. Sozialdemokraten waren mit 190000 Mark dabei. Der Rest, davon fast 400000 an CDU und CSU ging an Bundestagsparteien oder staatsbürgerliche Vereinigungen." („Spiegel" 34/85)

110 Politiker wurden 1976 geschmiert. Für sie, und alle, die davor und danach dran waren, und auch für die, die über die ganzen Jahre bezahlt wurden, wird es keinerlei Konsequenzen geben — das unterstrich die Staatsanwaltschaft bereits am Montag dieser Woche. Denn einen Tatbestand Politikerbestechung gibt es nicht, und mögen die Fakten auch so einmalig klar auf der Hand liegen wie im Fall dieser Versicherungskonzerne.

Geld bekamen fast alle heutigen Bonner Minister, einschließlich des vergeßlichen Kanzlers. Geld bekamen aber auch der SPD-„Sozialexperte" Glombig oder der stramm marktwirtschaftliche, ministerial ehrgeizige Ex-Juso Wolfgang Roth. Die CDU hatte sogar einen — von den Konzernen bezahlten — Verbindungsmann der Fraktion (zu Oppositionszeiten) mit der Versicherungswirtschaft, den heutigen Staatssekretär Hansjörg Häfele, von Kohl selbst dazu vorgeschlagen.

Häfele wiederum war es, der in den Jahren von 1976 bis zur Wende geeignete Kandidaten für den Versicherungsspendenfluß in seiner Fraktion auswählte.

Eine der zentralen Schaltstätten dieser Transaktionen war offensichtlich Dortmund. Die Stahlstadt, im Zuge der kapitalistischen Strukturveränderungen immer mehr auch Versicherungsstadt geworden, taucht in den beschlagnahmten Akten mehrfach auf. Die Gelder an CDU-Abgeordnete aus Westfalen flossen über ein Dortmunder Konto der Dresdner Bank. Der Chef der Continentalen Versicherung aus Dortmund spielte eine maßgebliche Rolle im „Arbeitskreis", und die Dortmunder Abgeordneten Gerstein (CDU) und Gattermann (FDP) stehen relativ weit oben in der Empfängerliste.

Verfahren kann es nach den bisherigen Ermittlungen, wie gesagt, nicht gegen bestochene Politiker geben, sondern nur gegen die Spender. Sie gaben Abführungen an den „Arbeitskreis" fälschlicherweise als Beiträge an den Berufsverband aus — steuersparend. Möglicherweise auch gegen die CDU, die größere Beträge verheimlichte bzw. über ihre Geldwaschanlagen laufen ließ.

Das bisherige Echo aus Bonn auf die neuesten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnisse ist das übliche: Das ganze wird entweder als normal dargestellt (was es in gewissem Sinne durchaus ist) oder aber einmal mehr auf böse Presseverleumdungen geschoben.

Die beschlagnahmten Akten aber zeigen, deutlicher vielleicht als in allen anderen bisherigen Fällen mit Ausnahme von Flick, daß es den Versicherungskonzernen mit ihren Millionenbeträgen ganz direkt darum ging, politischen Einfluß zu erkaufen. Und die Ergebnisse der Politik in diesen Jahren wiederum sind es, die zeigen, daß der ganze Aufwand keineswegs umsonst, sondern erfolgreich betrieben worden ist.

Wenn jetzt über neue Pläne der Bundesregierung in bezug etwa auf die Rentenversicherung diskutiert wird, so sollte man gerade beim Thema „mehr private Versicherung", wie sie Blüm anpeilt, nicht vergessen, daß die Nutznießer solcher Politik eben diese „Spender" sind — und dies wird nicht das erste Mal so sein.

Was für Summen außer dem „Pool-Geld" noch von einzelnen Konzernen dieser Branche nach Bonn flossen, erscheint bisher völlig unüberschaubar.

Herrn
Friedrich Vogel
Stellvertr. Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe
[illegible]
4410 Warendorf

Sehr geehrter Herr Vogel!

[illegible]

Mandatsbewerber des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe

Friedrich Vogel	DM 20.000
Dr. Norbert Blüm	20.000
Ludwig Gerstein	10.000
Dr. Ottfried Hennig	15.000
Frau Agnes Hürland	20.000
Dr. Friedrich-Adolf Jahn	20.000
Kroll-Schlüter	15.000
Heinz F. Landré	15.000
Gerhard Reddemann	10.000
Wilhelm Rawe	15.000
Peter Wilhelm Stommel	20.000
Ferdinand Tillmann	15.000
[illegible]	15.000

„Unser täglich Gift gib uns heute . . ."

Fortsetzung von Seite 1

roth von der Weinbranche meint auch er, durch die Berichterstattung geschädigt worden zu sein und will gegen die Behörden vorgehen. Im Kreuzfeuer der „Kritik" der Nudelpanscher stehen dabei vor allem zwei Einrichtungen. Das Analyseinstitut in Hamm, das die angebrüteten Eiersäfte analysierte und der Stuttgarter Wirtschaftskontrolldienst, der die Regale des Handels weiter durchsucht.

Von den Politikern aus Stuttgart läßt sich nur übliches vermelden. „Cleverle" Späth ist getaucht, was kümmert's ihn, wenn Baden-Württemberg das Panscher-Musterländle ist, die dort wichtigen Firmen werden ja auch die eine oder andere Spende getätigt haben. (Bzw: Von Birkel ist bekannt, daß die Firma „gespendet" hat).

Ganz linientreu auch der zuständige Minister Weiser: „Eine genauere Prüfung hätte doch zu lange gedauert". Für wen? Für seine Freunde, die Nudelpanscher. Gerade in dem Bundesland, wo Nudeln Hauptnahrungsmittel sind, wo die meisten Produzenten sitzen, hat sich dieser neueste Lebensmittelskandal besonders konzentriert, gerade dort trägt die Landesregierung besondere Verantwortung.

Denn: Auch in diesem Fall handelt es sich nicht darum, daß eine völlig neue Erkenntnis vorliegenwürde. Gegen den wichtigsten holländischen Lieferanten von Flüssigei gab es bereits vor zwei Jahren Ermittlungen, im letzten Jahr hatte der Kontrolldienst bereits Untersuchungen begonnen, die Landesregierung verhinderte jeweils aktiv, daß die Sache breiter bekannt wurde.

Ein Mann wie Ernährungsminister Weiser also war die ganze Zeit in Kenntnis der Sachlage und verhinderte bewußt ihre Veröffentlichung der Wahrheit. Der Minister stützte auf diese Weise entscheidend die dreckigen Geschäfte der Birkel, Rihm und Konsorten.

Eine Sachlage also ganz ähnlich jener im Weinland Rheinland-Pfalz, wo es ja immer deutlicher wurde, daß die dortige Landesregierung alles tat, um die Panscherei unbehelligt zu lassen.

Die Abwehrfronten sind in beiden Fällen aufgeweicht: Beim Wein die bereits genannte Geständigkeit des früheren Verbandspräsidenten, bei den Nudeln einige Hersteller, die alles auf den Lieferanten abschieben möchten. Nach dem Motto: Hier die Österreicher, dort die Holländer. Schlußfolgerung: Alle Welt will uns arme Deutsche vergiften?

Die Wahrheit ist natürlich eine andere. Immer minderwertigere Bestandteile, immer mehr Zusammenpanscherei in allen Bereichen — das dient der Jagd nach Profiten der Lebensmittelkapitalisten. Die, wie etwa in den Fällen Pieroth oder Birkel, auch schon keineswegs zu den kleinen im Lande gehören — ihre Beziehungen zu den jeweiligen Landesregierungen erscheinen ausgesprochen intensiv.

Neben den Ausfällen à la Birkel und Rihm und den biedermännisch-zynischen Beteuerungen des Herrn Weiser gibt es selbstverständlich auch den anderen Teil der heute üblichen Reaktion: Politiker, die jahrelang wissend zuschauten (und Spenden kassierten) versprechen schnelles Handeln, die Täter geloben auch ein bißchen Besserung und alle hoffen, so die Sache möglichst unbeschadet über die Bühne bringen zu können. Ergänzend wird auch hier der Journalismus der die Kloake ausleuchtet, Kloakenjournalismus genannt, ganz dem Beispiel des früheren Ministerpräsidenten des Panscherlandes Rheinland-Pfalz folgend.

Trotz vieler Vorschriften und einer Reihe von Diensten, die dafür sorgen sollen, daß es in der BRD angeblich die beste Lebensmittelgesetzgebung Westeuropas gäbe, häufen sich also in letzter Zeit die Skandale in verschiedenen Zweigen.

Dabei wird deutlich: In Wirklichkeit lassen die bestehenden Gesetze den Herstellern ausgesprochen viel Spielraum. Das Weingesetz von 1971 beispielsweise war nicht zuletzt auf Druck des Winzerverbandes so zustandegekommen, wie es nun ist. Daß die großen Nahrungsmittelkonzerne auf verschiedenste Gesetze in diesem Bereich entscheidenden Einfluß nahmen und nehmen, ist eine bekannte Tatsache — die industrielle Wursterzeugung, Tiefgefrierwaren — die Liste von Produkten, die bereits früher negative Schlagzeilen machte, ist lang.

Die verschiedenen Kontrolleure sind einerseits in der Regel nicht ausreichend besetzt, so daß nur langfristige Stichproben gemacht werden, und: sie werden ihrerseits nicht kontrolliert. Was besonders wichtig wird, wie man gerade in den letzten Wochen sehen konnte, wenn es auf die politische Ebene kommt, wo Landesminister immer wieder freies Geleit für „ihre Kundschaft" besorgt haben.

Ein vereinfachtes und eindeutiges allgemeines Lebensmittelgesetz, das Verwendung minderwertiger Produkte und Panschereien ebenso wie die Verwendung einer Reihe Chemikalien verbietet, wäre hier sicher ein Ansatzpunkt zur Besserung: Nicht umsonst ist es ein Alptraum der Konzerne.

Bericht über das Plenum des ZK vom 17. 8. 1985

Das ZK beriet auf dieser Sitzung schwerpunktmäßig über den Stand der Gespräche mit der GIM und über den bevorstehenden Sonderparteitag im November.

Zum Stand der Gespräche mit der GIM

Das ZK ist der Meinung, daß in der Diskussion über den Programmentwurf der KPD, den Entwurf zu einer Fusionsplattform der GIM sowie Stellungnahmen beider Organisationsleitungen zu diesen Dokumenten ein relativ hohes Maß an programmatischer Übereinkunft deutlich wurde. Dieses Maß an programmatischer Gemeinsamkeit läßt nach Auffassung des ZK der KPD die Vereinigung beider Organisationen als möglich erscheinen — jedenfalls unter dem Blickwinkel der in den Gesprächen zwischen den Leitungen beider Organisationen bislang nahezu ausschließlich behandelten Fragestellung der programmatischen Grundlage einer solchen Vereinigung.

Die vorliegenden Dokumente machen auch Differenzen in für die Programmatik einer revolutionär-sozialistischen Partei keineswegs unwichtige Fragen deutlich. Neuralgische Frage in der weiteren Diskussion über die programmatische Grundlage einer möglichen Vereinigung sind wohl: die Einschätzung der internationalen Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, die Beurteilung der inneren Verhältnisse in den von uns als revisionistisch bezeichneten Ländern, auch Probleme der politischen Strategie der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin.

Daß die feststellbaren Differenzen in diesen Fragen im Fortgang der programmatischen Diskussion durch „theoretische Klärung" völlig verschwinden, ist eine unrealistische Erwartung. Die fraglichen Positionen waren — und sind zum Teil — für beide Organisationen jeweils sehr prägend.

Auch in den Fragen, in denen in den vorliegenden Dokumenten Differenzen deutlich werden, gibt es aber eine Basis gemeinsamer Auffassungen, die es ermöglicht, die Verhältnisse der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse Osteuropas oder auch sowjetische Hochrüstung und sowjetisches Hegemoniestreben zutreffend zu kritisieren und die revolutionär-sozialistischen Ziele in scharfer Abgrenzung davon zu entwickeln. In der politischen Praxis erscheint die Gemeinsamkeit von GIM und KPD etwa in der Kritik der Sowjetunion und des Warschauer Paktes eher stärker als in den vorliegenden schriftlichen Beiträgen.

Außerdem dürfen die genannten Differenzen nach Meinung des ZK nicht isoliert gesehen und diskutiert werden, sondern müssen im Zusammenhang der gesamten programmatischen Debatte beurteilt werden. Diskussionsgrundlage für die weitere Debatte ist auf Vorschlag der GIM der Programmentwurf der KPD, zu dem das ZK der GIM Abänderungsanträge vorlegen wird.

Insgesamt gesehen, meinen wir, daß die bestehenden Differenzen die Einheit in einer Partei nicht unmöglich machen, sondern daß das erreichte Maß an programmatischer Übereinstimmung es geradezu erfordert, die Einheit in einer Partei auch politisch zu verwirklichen. Sonst wäre die Losung „Einheit der revolutionären Sozialisten" nichts als eine Phrase. Wir sehen die Möglichkeit, in den strittigen Fragen zu Übereinkünften zu kommen, die einerseits das Gemeinsame der Auffassungen festhalten, andererseits die Gewähr dafür bieten, daß um die unterschiedlichen Positionen in einer Partei eine kontinuierliche und solidarische Auseinandersetzung geführt werden kann.

Damit ist nach Auffassung des ZK eine gegenüber dem Beginn der Gespräche mit der GIM neue Situation gegeben.

Bevor die Leitungsgespräche zwischen GIM und KPD über diese programmatischen Fragen weitergeführt werden, ist deshalb nach Meinung des ZK eine breite Diskussion dieser Fragen und eine Grundsatzentscheidung durch die Mitglieder beider Organisationen notwendig. Darin besteht Übereinstimmung mit der Leitung der GIM.

Ein weiteres Gespräch zwischen den Leitungen von GIM und KPD, das am 18.8.1985 stattfand, befaßte sich deshalb auch nicht mit diesen Fragen, sondern mit Fragen des Parteiverständnisses, des Organisationsaufbaus und der innerparteilichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. (Ein Bericht über dieses Gespräch wird wie üblich, parteiintern veröffentlicht.)

Das ZK hat deshalb beschlossen:

1. Es werden in der gesamten Partei Mitgliederversammlungen durchgeführt, auf denen Vertreter des ZK über die Gespräche mit der GIM berichten und diese aus der Sicht des ZK bewerten. An diesen Mitgliederversammlungen wird jeweils auch ein Vertreter des ZK der GIM teilnehmen. In ähnlicher Weise wird in der GIM verfahren. Die Mitgliederversammlungen in der KPD werden am 21. bzw. 22.9.85 stattfinden.

Als Materialien für diese Mitgliederversammlungen werden vorliegen: der Programmentwurf der KPD, der Entwurf für eine Fusionsplattform der GIM, Stellungnahmen beider ZKs dazu, Einschätzungen der ZKs über den Stand der programmatischen Debatte. Diese Materialien werden in Kürze noch einmal zusammengefaßt in einer Broschüre erscheinen. Über diese Texte hinaus werden bis zu den Mitgliederversammlungen schriftlich vorliegen: die Abänderungsanträge des ZK der GIM zum Programmentwurf der KPD sowie Stellungnahmen aus beiden Organisationen zu Fragen des Parteiverständnisses, des Organisationsaufbaus und des innerparteilichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

2. Über die Diskussion auf den Mitgliederversammlungen hinaus hält das ZK aber auch eine grundsätzliche Bewertung der bisherigen Gespräche mit der GIM und einen klaren Auftrag, diese Gespräche weiterzuführen, durch die Partei für notwendig. Das ZK hat deshalb beschlossen, eine Erweiterung der Tagesordnung des Sonderparteitags im November um diesen Punkt zu beantragen. Konkrete Beschlußvorlagen dazu wird das ZK auf dem Plenum am 6./7.9.85 diskutieren und verabschieden. Diese Materialien werden anschließend im RM veröffentlicht.

Behandlung des Programmentwurfs auf dem Sonderparteitag

Das ZK hat am 17.8.85, wie angekündigt, noch einmal über die Behandlung des Programmentwurfs auf dem Sonderparteitag diskutiert. Für diese erneute Diskussion waren folgende Gesichtspunkte maßgeblich:

a) die Vorbehalte gegen den vom ZK beschlossenen Verlauf der Programmdebatte durch die Genossinnen und Genossen, die den Programmentwurf zwar grundsätzlich befürworten, sich in vielen Einzelfragen aber unsicher fühlen, weil in Teilen der Partei über diese Einzelfragen bislang nicht gründlich diskutiert wurde, da die Programmdiskussion beherrscht wurden von der Auseinandersetzung mit den sektiererischen Auffassungen derjenigen Genossen, die den Programmentwurf grundsätzlich als „revisionistisch" usw. ablehnen;

b) die Tatsache, daß das ZK der GIM nunmehr vorgeschlagen hat, den Programmentwurf der KPD als textliche Grundlage für die Diskussion um ein mögliches gemeinsames Programm zu nehmen und seitens der GIM konkrete Abänderungsanträge dazu erarbeitet werden;

c) Kritiken aus anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen daran, daß der Zeitraum zwischen der Veröffentlichung des Programmentwurfs und der geplanten Verabschiedung des Programms für eine intensivere Diskussion zwischen den Organisationen zu kurz ist.

Dies alles zusammengenommen, macht es nach Ansicht des ZK erforderlich, den ursprünglich beschlossenen Verlauf der Programmdiskussion zu ändern. Das ZK wird deshalb folgende Änderung der Tagesordnung des Sonderparteitags beantragen:

a) der Sonderparteitag beschließt kein neues Programm der KPD

b) der Sonderparteitag beschließt stattdessen

- eine Resolution, die das bestehende Programm grundsätzlich kritisiert und außer Kraft setzt;
- eine vom Sonderparteitag auf der Grundlage der Antragsdebatte überarbeitete Fassung des Programmentwurfs;
- einen zeitlichen Rahmen für die erneute Diskussion des Programmentwurs in der Partei und unter den revolutionären Sozialisten.

Auch diese Materialien wird das ZK auf dem Plenum am 6./7.9.85 diskutieren und beschließen und anschließend im RM veröffentlichen. Zusätzlich wird das ZK eine Resolution über das Selbstverständnis der Partei vorlegen. (Die Vorlage dieser Resolution ist keine Vorentscheidung darüber, ob nach Auffassung des ZK beispielsweise der Statutentwurf durch eine Präambel über das Selbstverständnis der Partei ergänzt werden soll. Darüber hat das ZK noch nicht diskutiert.)

Behandlung des Statutentwurfs auf dem Sonderparteitag

Im Gegensatz zur Behandlung des Programmentwurfs auf dem Sonderparteitag tritt das ZK bei der Behandlung des Statutentwurfs für die Beibehaltung der Tagesordnung, also für die Verabschiedung eines Status, ein. Zwar ist die Diskussion über den Statutenwurf nicht besonders entwickelt und mögliche Schlußfolgerungen aus der Programmdebatte auf Statutfragen sind in der Partei aber auch im ZK noch nicht wirklich diskutiert worden. Außerdem sind Statutfragen natürlich ebenfalls Gegenstand der Diskussion mit der GIM. Wir meinen aber, daß die Partei zur Wahrung ihrer politischen Handlungsfähigkeit und zur Regelung ihrer innerparteilichen Willensbildungsprozesses unbedingt ein gültiges Statut braucht, das für alle Mitglieder verbindlich ist. Deshalb treten wir nach wie vor für die Verabschiedung eines Statuts auf dem Sonderparteitag ein.

Behandlung der Abänderungsanträge zu Programm- und Statutentwurf

Das ZK wird sich — entsprechend der Diskussion auf der gemeinsamen Sitzung von ZK und Landesbezirksleitungen im Juni — bemühen, so frühzeitig wie möglich zu vorliegenden Abänderungsanträgen aus der Partei Stellung zu nehmen bzw. eigene Abänderungsanträge vorzulegen. Das wird der Schwerpunkt der ZK-Sitzungen am 6./7.9.85 und am 5./6.10.85 sein. Im Anschluß an die ZK-Sitzung Anfang Oktober werden alle Abänderungsanträge zu Programm- und Statutentwurf als Beilage zum RM veröffentlicht werden.

Delegiertenschlüssel für den Sonderparteitag

Das ZK hatte bei der Einberufung des Sonderparteitages einen Delegiertenschlüssel von 1:10 beschlossen. Diesen Beschluß hat das ZK am 17.8.85 aufgehoben. Wir versuchen, die organisatorischen Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß der Delegiertenschlüssel neu auf 1:5 festgelegt werden kann, um eine möglichst breite Beteiligung der Parteimitglieder an dem Sonderparteitag zu ermöglichen. Sollte das wider Erwarten nicht möglich sein, wird der Delegiertenschlüssel 1:7 betragen.

Aktionswochen des DGB im Herbst

Das ZK diskutierte eine ausführliche Einschätzung der Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung über die gewerkschaftspolitischen Aufgaben in diesem Zusammenhang. Wobei sich diese Aufgaben für klassenkämpferische Gewerkschafter nicht nur durch die Pläne der Reaktion, der Unternehmer und der Regierung, ergeben, sondern auch durch das am 5.9.85 stattfindende „Dreiergespräch". Zu diesen Fragen werden wir vom nächsten RM an ausführlich Stellung nehmen.

Wir meinen, es ist völlig klar, daß diese gewerkschaftlichen Herbstaktivitäten eine große Bedeutung haben und von der Partei ebenfalls erhöhte Aktivitäten verlangen. Es werden folgende zentrale Materialien dafür zur Verfügung stehen:

- eine kleine Broschüre, die sich mit dem gewerkschaftlichen Kampf gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Abbau von Arbeitnehmerrechten befaßt und sich mit der Haltung der Gewerkschaften zur Bonner Regierung auseinandersetzt;
- ein vierseitiges DIN A 3-Flugblatt, das im September erscheint und zu den Herbstaktionen mobilisieren soll;
- eine BLIND, die bei den Demonstrationen und Kundgebungen verteilt werden soll.

Das Flugblatt und BLINDwerden gemeinsam von KPD und GIM herausgebracht. Außerdem ist das ZK der Meinung, daß in den Kundgebungsorten, wo das kräftemäßig möglich ist, Parteiveranstaltungen bzw. gemeinsame Veranstaltungen von GIM und KPD stattfinden sollen. Ansonsten würden wir es begrüßen, wenn es auf den Kundgebungen und Demonstrationen zu einem gemeinsamen Auftreten klassenkämpferischer Gewerkschafter kommen würde. Wir meinen deshalb, daß die Partei sich vor Ort, so weit das kräftemäßig möglich ist, dafür einsetzen sollte.

Zur anstehenden Tarifrunde im Bereich Metall/Druck und Papier

Lohnerhöhung contra Arbeitszeitverkürzung?

1. Zum allgemeinen Hintergrund

Alle Prognosen der bürgerlichen Institute gehen davon aus, daß es auch in den nächsten Jahren ein höheres Produktivitätswachstum geben wird als das reale Wachstum der Produktion — d.h. daß die Zeit, die nötig ist, um eine bestimmte Menge Produkte herzustellen, weniger wird. Folge für den „Arbeitsmarkt" ist damit, daß weniger Arbeitskräfte benötigt werden, weniger beschäftigt werden — mit einem Wort: die Arbeitslosigkeit zunehmen wird.

Schon einige Zahlen aus den vergangenen Monaten machen dies deutlich: Ausweitung der Produktion im Bereich Chemieindustrie: 1984 + 10,4% — Personal + 1%, Januar bis Mai 1985 Produktion + 2,4% — Personal unverändert. Elektroindustrie 1984 Produktion + 10% — Personal + 1,4%. Maschinenbau 1984 Produktion + 6,4% — Personal -2,7%, im ersten Halbjahr 1985 Produktion + 10%, Personal + 1,5%. Noch deutlicher wird dieses Auseinanderfallen von Produktions- und Personalentwicklung im Bereich der Krisenbranchen. So stieg die Produktion im Stahlbereich in 1984 um 10,2%, während die Beschäftigtenzahl um 8,3% abnahm; im ersten Halbjahr 85 stieg die Produktion um 4%, der Belegschaftsabbau war 2,3%. („Handelsblatt", 8.8.85)

Auch die SPD geht — im Rahmen ihrer Programmdiskussion „nach Godesberg" von einer Fortsetzung dieses Trends aus, wenn sie schreibt, „zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung meint man von einem dreißigjährigen geglätteten Wachstum von 1,5% pro anno einer Produktivitätszunahme von 2% ausgehen zu können". („Neue Gesellschaft" 6/84)

Hinzu kommt die Entwicklung der zukünftigen Bevölkerungsstruktur, die unter verschiedenen Annahmen über Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung vor kurzem zu einer neuen Hochrechnung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren durch das IAB geführt hat. Die wichtigsten Ergebnisse aus dieser Studie sind:

„In der günstigen Variantenkombination wäre die Arbeitslosigkeit 1990 auch bei maximaler Berücksichtigung des Vorruhestands mit rd. 2,1 Mio. Arbeitslosen noch um rd. 300000 Personen höher als 1982 bzw. nur um rd. 100000 Personen niedriger als 1984 und würde auch 2000 die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch zwischen 3/4 und 1 Mio. liegen. Allerdings dürfte es unwahrscheinlich sein, daß es bei dem nach der oberen Bedarfsvariante zu erwartenden Arbeitsplatzzuwachs zu der in der untersten Potentialvariante unterstellten Abschwächung im Anstieg der Frauenerwerbsneigung kommt.

Nach der ungünstigsten Variantenkombination könnte die registrierte Arbeitslosenzahl bis 1990 — unter Berücksichtigung des maximalen Vorruhestandseffekts — auf 3,5 bis 3,7 Mio. steigen und auch in den 90er Jahren noch um eine weitere Million zunehmen, da in diesem Fall stark steigende Frauenerwerbsneigung die Auswirkungen des Geburtenrückganges auf das Arbeitskräfteangebot kompensieren und mit äußerst schwachem Wirtschaftswachstum zusammenfallen würde und bislang noch keine empirischen Belege dafür vorhanden sind, daß eine anhaltend ungünstige Arbeitsmarktlage zu einem generellen Trendbruch der Frauenerwerbsneigung führt." (S. 58/59)

Wichtig ist hierbei, daß zwei Voraussetzungen bei den angegebenen 3,5 bis 3,7 Millionen gemacht werden: Einmal **maximale Ausnutzung des Vorruhestandseffekts**, zum anderen **registrierte Arbeitslosenzahl** — bei dieser Variante bestehen daneben noch 2 Millionen **nicht registrierte** Arbeitslose.

Abschließend sei noch festgehalten, daß — wie die Erfahrungen der letzten 10 bis 15 Jahre wieder sehr deutlich gemacht haben — in dieser kapitalistischen Wirtschaft nicht von einem gleichmäßigen Konjunkturverlauf ausgegangen werden kann, sondern ein zyklisches Auf und Ab stattfindet. Das nächste „Ab" ist für die Jahre 86/87 zu erwarten — mit der Konsequenz einer enormen Verschärfung des Arbeitslosenproblems, geht doch schon der Ausgangspunkt von über 2,3 Millionen registrierten Arbeitslosen aus. Diese kurzen Hinweise zum Hintergrund der Debatte um die nächsten Tarifrunden machen schon deutlich, daß die Forderung nach weiterer wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung aus Sicht der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unabdingbar ist.

Einmal aus Gründen einer solidarischen Vertretung der Interessen aller abhängig Beschäftigten bzw. Arbeitslosen, gegen die naturwüchsige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in unserem Lande. Zum zweiten deshalb, weil dies eine der wichtigsten Möglichkeiten einer eigenständigen, offensiven Kampfperspektive der Gewerkschaften gegen ein weiteres Anwachsen von Arbeitslosigkeit und Verelendung ist.

Drittens schließlich zeigen alle historischen Erfahrungen, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften bei weiter wachsenden Arbeitslosenzahlen, bei Vorhandensein einer großen industriellen Reservearmee von Beschäftigung suchenden Lohnabhängigen geringer wird bis zur Gefahr ihrer Bedeutungslosigkeit auch für die noch Beschäftigten.



2. Wie stellt sich nun die konkrete Lage vor der Tarifrunde '86 dar?

Auszugehen ist zuerst einmal von einer Reihe nüchtern zu beurteilender Tatsachen. Dazu gehören:

- Die Entwicklung der Realeinkommen aus abhängiger Beschäftigung ist in den letzten fünf Jahren ist eindeutig negativ — sowohl in der Summe, was sich im Sinken der Lohnquote auf den Stand der 60er Jahre ausdrückt, als auch für den Einzelnen, der heute — je nach Branche und Einstufung — zwischen 5 und 10 Prozent weniger real in der Tüte hat als vor fünf Jahren. (Nähere Hinweise dazu in der neuen Ausgabe der „RGO-Nachrichten".) Daraus erschließt sich die objektive und subjektive hohe Bedeutung für ein besonderes Schwergewicht in den kommenden Tarifrunden, das auf eine tatsächliche Erhöhung der Realeinkommen zu legen ist.
- Alle Tarifverträge über die Arbeitszeit sind erst in den Jahren 1987/88 wieder zu kündigen — mit Ausnahme Metall und Druck und Papier
- Tariftechnisch gehören Arbeitszeit und Lohn-Gehalt-Tarifverträge bei einer Verkürzung der Arbeitszeit in der Woche insofern zusammen, als jede Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich eine ERhöhung der Stundensätze bzw. der Teilungsfaktoren beim Monatslohn und -Gehalt notwendig macht. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich kann aber ernsthaft ja nicht zur Debatte stehen.
- Im Bereich der IGM sehen die konkreten Kündigungstermine so aus:

— Urlaubsabkommen (Länge und Bezahlung) Ende 1985
— Lohn, Gehalt Ende März 1986
— Arbeitszeit, Ende September 1986

3. Welche Positionen nehmen die Unternehmer in diesen bevorstehenden Tarifrunden ein?

Ohne dies an dieser Stelle ausführen zu können, sei nur verwiesen auf die strategischen Zielsetzungen der Unternehmer, wie sie in den „RGO-Nachrichten" 2/85 näher analysiert worden sind. Kernpunkte lassen sich kennzeichnen mit den Begriffen: Abbau der Lohn- und Lohnnebenkosten, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse nach Art und Umfang, Abbau tarifvertraglicher Schutzregelungen.

Aus den aktuellen Stellungnahmen der Unternehmer scheinen mir darüber hinaus folgende Darlegungen wichtig: Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall schreibt in seiner Bilanz über '84: „Unabhängig von allen Überlegungen zur Flexibilisierung bleibt aber festzuhalten, daß jede Ausdehnung der bezahlten Freizeit die Möglichkeiten zu Einkommensverbesserungen entsprechend einschränkt. Denn beides sind und bleiben Kosten. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit für die Sicherheit der Arbeitsplätze ist nicht die Art der Kosten, sondern allein deren Höhe entscheidend." („Handelsblatt", 14.6.85)

In ähnliche Richtung äußerte sich der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Esser in einer Erklärung vom 11.4.1985, in der es heißt: „Das Arbeitskostenniveau in der BRD ist auch trotz einer abgeschwächten Lohnkostenentwicklung heute so hoch, daß es die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß ernsthaft erschwert und Schwarzarbeit begünstigt ... Deshalb ist es eine vorrangige Aufgabe der autonomen Tarifpolitik wie auch der staatlichen Sozialpolitik, die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung durch eine Entlastung der Wirtschaft und der Beschäftigten vom Druck der Arbeitskosten zu stellen" („Arbeitgeber" 8/85) Diese beiden Äußerungen zeigen deutlich, daß die Unternehmer nach wie vor nicht freiwillig bereit sein werden in der Frage Einkommen oder Arbeitszeitverkürzung von sich aus Zugeständnisse zu machen — sie werden dazu gezwungen werden müssen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daran zu erinnern, daß die Arbeitgeberverbände im Mai 85 auf einer Konferenz eine „neue Lohnkonzeption" aus der Taufe gehoben haben, deren Ziel — Senkung des Anspruchsniveaus — durch die Einrechnung der Arbeitslosen in die Produktivitätsentwicklung erreicht werden soll — Ergebnis wäre eine Verringerung des — auch nach der Vorstellung vieler Gewerkschaftsführungen — zur Verteilung freiwerdenden Spielraums für Lohn- und Arbeitszeitverkürzung.

4. Positionen der IGM, bzw. innerhalb der IGM

Zunächst sollte man daran erinnern, wie die offiziellen Beschlußlagen aussehen. Da ist einmal die Resolution zu diesem Thema vom letzten Gewerkschaftstag. Für die aktuelle Frage sind zwei Punkte daraus wichtig: Einmal die Festlegung auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, zum anderen in der Einkommensfrage die Durchsetzung besonderer Erhöhung der Einkommen für untere Lohn- und Gehaltsgruppen.

Daneben gibt es Beschlüsse von vorhergehenden Gewerkschaftstagen, die eine längste Laufzeit der Tarifverträge zu den Einkommen auf zwölf Monate vorschreiben. Aktuell gibt es nun unterschiedliche Aussagen verschiedener Vorstandsmitglieder zu den nächsten Tarifrunden. Ob Mayr, Steinkühler oder Jansen — sie alle äußern sich nicht eindeutig zu der Frage, ob es im Herbst 1986 zu einer neuen Runde Arbeitszeitverkürzung kommen soll — jedenfalls nach dem Willen des IGM-Vorstands.

Wie bekannt geworden, soll am 10.9. auf der Vorstandssitzung der IGM über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der anstehenden Tarifrunde diskutiert und eventuell beschlossen werden.

Dazu liegt ein Vorschlag der Bezirksleitung/Bezirksdelegiertenkonferenz aus Baden-Württemberg vor, der im Kern zwei Punkte beinhaltet:

1. Im März 1986 eine reine Einkommensrunde mit hohem Lohnabschluß und
2. Im März 1987 eine Lohn/Arbeitszeitverkürzungsrunde.

Dahinter steht die Vorstellung, daß es

a. leichter machbar sei — nach Äußerungen Mayrs sogar auf Zustimmung bei Gesamtmetall stoßen würde — eine hohe Lohnrunde zu erreichen, wenn man gleich erklärt, daß man erst im März 87 wieder über die Arbeitszeit redet und verhandelt.

b. es absolut nötig sei, in der Einkommensfrage was zu tun;

c. zwei Tarifrunden hintereinander mit nur einem halben Jahr Abstand nicht ermöglichen würde, genug beim Lohn zu holen.

Was ist nun zu diesen Überlegungen zu sagen? Zuerst einmal einige negative Anmerkungen: Es muß — nach dem oben Gesagten über die Position der Unternehmer — klar sein, daß es eine Illusion ist, eine gefährliche für die Mobilisierungsstrategie obendrein, wenn man davon ausgeht, daß die Unternehmer freiwillig bereit sein werden eine großzügige und tatsächlich spürbare Einkommenserhöhung zuzugestehen — jedenfalls dann, wenn man sich in der dafür notwendigen Größenordnung von über 5 oder 6 Prozent bewegt.

Das bedeutet darüber hinaus, daß die Unternehmer nur dann zu einem optisch höheren Abschluß bereit sein würden, wenn die Laufzeit der Verträge weit über die zwölf Monate hinausgeht — damit aber wäre das Kalkül der Bezirksleitung Stuttgart, im März 87 über beides parallel zu verhandeln, gescheitert und die Tarifrunde Arbeitszeit für länger vertagt.

Was spricht für den Vorschlag aus Baden-Württemberg? Richtig ist sicher — auch nach dem oben Gesagten —, daß eine tatsächliche Verbesserung an der Einkommensfront absolut not tut und dazu auch eine entsprechende Stimmung in den Belegschaften vorhanden ist.

Wie die historischen und die aktuellen Erfahrungen mit dem Problem der Überstunden zeigen — siehe Serie dazu im RM — ist es gerade in Situationen, in denen die Unternehmern eine Senkung des Reallohns gelang, eine wichtige Bedingung im

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Kampf gegen die Überstunden die Sicherung und Erhöhung des in der Normalarbeitszeit zu erzielenden Einkommens. Insofern ist eine tatsächliche spürbare Erhöhung der Löhne und Gehälter in der nächsten Tarifrunde auch im Hinblick auf die Einschränkung der Überstunden und Sonderschichten eine wichtige Auseinandersetzung. Sie ist auch hilfreich im Hinblick auf die zu führende Auseinandersetzung über Arbeitszeitverkürzung.

Aus diesen Gründen dürfte eines auf jeden Fall klar sein: Ein Ausspielen der einen Tarifrunde gegen die andere kann auf gar keinen Fall in Frage kommen — beides — Einkommenserhöhung und Arbeitszeitverkürzung ist notwendig.

Klar sein dürfte auch, daß eine kämpferische Lohnrunde ab März 86 die subjektiven und objektiven Voraussetzungen für eine schnell danach folgende Arbeitszeitverkürzungsauseinandersetzung nur verbessern kann. Versucht man die Stimmung in den Betrieben, trotz teilweiser Sommerpause, einigermaßen realistisch einzuschätzen, scheint es mir so, als ob der Vorschlag aus Baden-Württemberg durchaus breitere Zustimmung findet. Ich denke, daß man die Frage, wer vertritt klassenkämpferische Positionen, wer sozialpartnerschaftliche Positionen, nicht an der Frage festmachen kann, ob dieser Vorschlag unterstützt wird oder nicht.

Mir scheint eine Unterstützung des genannten Vorgehens unter bestimmten Voraussetzungen des Ziels der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nützlich zu sein. Zu diesen Voraussetzungen gehört für mich:

1. Keine Illusion darüber aufkommen lassen, daß eine echte Reallohnerhöhung nur gegen den entschiedenen Widerstand der Unternehmer möglich sein wird — d. h. auf gut deutsch Mobilisierung für Streik ist dazu notwendig.
2. Die Laufzeit muß tatsächlich auf ein Jahr festgeschrieben werden, andere Abschlüsse sind — soweit sie darüber hinausgehen sollen — abzulehnen.
3. Die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sind besonders anzuheben.
4. Festlegung auf eine gemeinsame Lohn- und Arbeitszeitrunde im März 87.

Diese Inhalte sollten in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Debatte und Festlegung der Tarifkommissionen etc. verankert und durchgesetzt werden. Gleichzeitig ergibt die von März bis Mai 87 stattfindende nächste Betriebsratswahl gute Möglichkeiten der Parallelen Mobilisierung, deren Möglichkeiten ja 84 zum Teil auch gut genutzt werden konnten. Diese Linie scheint mir angesichts des Kräfteverhältnisses innerhalb der IGM, angesichts der Bewußtseins- und Stimmungslage in den Betrieben realistisch und vorwärtstreibend zugleich zu sein.

Hartmut Siemon

Die Zechenkiller weiterhin am Werk

Die letzten Tage brachten schlechte Nachrichten für die Kumpel des Steinkohlebergbaus an der Ruhr. Die seit zwei Jahren geplanten Zechenstillegungen der Ruhrkohle AG (RAG) sind noch nicht endgültig abgewickelt, da stehen schon die nächsten Schachtanlagen auf der Abschußliste: „Minister Stein", nach der jetzt geschlossenen Zeche „Gneisenau" das letzte Bergwerk in Dortmund, dann die Zeche „Fürst Leopold" in Wulfen/Dorsten und entweder „Osterfeld" in Oberhausen oder „Friedrich Heinrich" am Niederrhein. Diese Namen stehen nach einer Meldung der „UZ" fest, obwohl die RAG dementiert.

Mit diesen erneuten, bzw. fortgesetzten Stillegungsplänen der Energiekonzerne geraten erneut Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr, soll der Bergbau seine Kapazität einschränken und werden Millionen Tonnen Kohle unwiederbringlich absaufen gelassen.

Die Gründe für die kommende Stillegungswelle müßten den „Kohle- und Atomstrom"-Befürwortern im IGBE-Hauptvorstand mächtig in den Ohren klingeln, wenn sie überhaupt für so was noch Ohren oder Köpfe haben. So meldet die RAG am 14.8. über das erste Halbjahr 1985: 6 Prozent oder 1 Million Tonnen Minderabsatz an die Stromwirtschaft, weil die Kohleverstromung in den Kraftwerken zurückgeht (und das nach dem kalten Winter!). Der Grund: Drei neue Kernkraftwerke gingen in diesem Jahr ans Netz! Die Zeitungen schreiben: „Kernenergie drängt Kohle weiter zurück". Tatsache ist, daß der Zubau an Kernkraftwerken seit Jahren höher liegt als der von Steinkohlekraftwerken, „Kohlevorratpolitik" seit Schmidt und Rau und Kohl. Tatsache ist, daß der Energieverbrauch seit Jahren nicht die vorgesehenen Steigerungsraten hat, auch der Stromverbrauch steigt nicht mehr so schnell wie noch vor zehn Jahren angenommen. Die Folgen sind jetzt schon erhebliche Überkapazitäten bei den Kernkraftwerken. Da aber Kernkraftwerke nur in der (ständig laufenden) Grundlast wirtschaftlich arbeiten, werden sie so auch so stetig wie möglich genutzt, der Stromverbrauchszuwachs also mit Kernkraftwerken hauptsächlich bestritten. Berechnungen ergaben, daß ein neues Kernkraftwerk die Stillegung einer Großzeche mit 5000 Arbeitsplätzen bedeutet. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel (CDU) verbot der Stadt Hannover, ein für die Stadtversorgung günstiges Fernwärme-Heizkraftwerk auf Kohlebasis zu bauen, weil der Atomstrom aus dem Kraftwerk Grohnde abgenommen werden müßte. Gleichzeitig wurde (unter anderem auch in der „Einheit", Zeitung der IGBE) massiv Propaganda für Elektroheizungen gemacht.

In einer großen Anfrage hatten die Grünen im letzten Jahr im Bundestag auf das Mißverhältnis beim Kraftwerkszubau und die Widersprüche in der Energiepolitik hingewiesen. In der Antwort der Bundesregierung darauf heißt es, daß die Bundesregierung „natürlich" nicht darin mit den Fragestellern übereinstimmt, „daß durch die Inbetriebnahme der ... genannten Kernkraftwerke Steinkohlezechen ihre Existenzgrundlage verlieren und Arbeitsplätze gefährdet werden. Im Gegenteil, der zwischen Elektrizitätswirtschaft und Steinkohlenbergbau geschlossene 15-Jahres-Vertrag garantiert dem deutschen Bergbau vielmehr in den kommenden Jahren einen steigenden Absatz von Steinkohle an Kraftwerke und trägt somit entscheidend zur Arbeitsplatzsicherheit im Bergbau bei." Weiter heißt es in der Antwort: „Die Gefahr, daß VEBA ihre Ruhrkohle-Beteiligung dazu benutzt, die Kohle aus der Verstromung zu drängen, sieht die Bundesregierung nicht."



Wie schnell die harten Tatsachen diese Worte einholen, konnte schon damals abgesehen werden. Inzwischen haben VEBA und VEW den beherrschenden Einfluß auf die RAG. Inzwischen sind schon die beiden RAG-Zechen „Zollverein" (die letzte in Essen) und „Gneisenau" (Dortmund) stillgelegt. Inzwischen sind schon wieder Tausende Kumpel durch den Sozialplan frühpensioniert, verlegt und verschaukelt worden. Das soll nun offensichtlich verstärkt weitergeführt werden. Dabei wird die RAG noch in erhebliche Widersprüche geraten. Der Sozialplan und die Anpassungsregelungen laufen noch drei Jahre. Alle in dieser Zeit stillzulegenden Zechen müssen entsprechend den Kumpels andere Arbeitsplätze im Bergbau zuweisen, soweit sie nicht über 50 Jahre sind. Was das z.B. in Dortmund bedeutet, wenn auch die letzte Zeche zugemacht wird, kann man daran ersehen, daß die von „Gneisenau" verlegten Kumpel von Hamm bis Gelsenkirchen verteilt wurden und daß die aufnehmenden Schachtanlagen durch die Nordwanderung des Bergbaus und die Rationalisierung in Zukunft eher weniger Arbeitsplätze zur Verfügung haben als jetzt noch.

Auf dem IGBE-Kongreß des letzten Jahres in Dortmund begrüßte Herr Samtlebe als Oberbürgermeister die Delegierten und endete mit folgenden Worten „Unsere Schmerzgrenze ist schon überschritten ... Wir hatten nach dem Kriege einmal 21 Schachtanlagen. Ich trauere dieser Zeit nach ... auch wegen der politischen Stabilität, Herr Bundeskanzler. Im Dortmunder Norden wußten die Leute immer, wo es längs ging ... Aber die eine produzierende Schachtanlage, die noch ihre Kohle bringt, müßt ihr uns bitte schön bis ins nächste Jahrtausend, bis es keine Kohle mehr gibt, noch lassen! Darum bittet euch die Dortmunder Bürgerschaft."

Nun, Herr Samtlebe, Appelle an Kanzler, Regierungen, Gewerkschaftsdelegierte kennt man ja zur Genüge, gerade in Dortmund im Zusammenhang mit Hoesch. Warum sollten die Regierungen des Kapitals „vernünftiger" sein als die Konzerne es wollen? Und welchen Einfluß sollten wohl die Delegierten des IGBE-Kongresses auf die Entscheidung der RAG, VEBA usw. über die Stillegung von „Minister Stein" haben, wenn der Kongreß doch mit fliegenden Fahnen hinter Adolf Schmidt herläuft, der sie alle gerade auf das Vertrauen in den Jahrhundertvertrag eingeschworen hat, der nach wie vor behauptet, Kohle und Atomenergie müßten zusammengehen? Der „englische Weg" wurde von eben diesem Kongreß abgelehnt. Damit ist erneut klargemacht worden, daß seitens der IGBE-Führung gegen die Konzern und EG-Pläne zum weiteren Kapazitätsabbau nur der Weg der "vertrauensvollen Verhandlungen" eingeschlagen wird, ein Weg, der gerade erst die Stillegungswellen der siebziger und achtziger Jahre möglich gemacht hat, der Tausende von Arbeitsplätzen kostet in einer Region, in der die Großstädte ständig mit Arbeitslosenzahlen von 14 bis 16 Prozent zu tun haben.

Die Regierung Rau hat sich nach ihrem Wahlsieg in NRW bewußt unklar zur kommenden Energiepolitik ausgesprochen, keine Taten festgelegt, sondern nur Wunschvorstellungen. So heißt es in der Regierungserklärung:

„Wir halten fest am Vorrang der heimischen Kohle ... Der Bund darf nicht weniger, er muß mehr in die Zukunft der deutschen Steinkohle investieren ... Wir erwarten vom Bund ... Die Landesregierung wird darauf drängen ... Die Landesregierung erwartet von der Elektrizitätswirtschaft ... Wir halten es für unerläßlich, daß auch der Hüttenvertrag um 20 Jahre uneingeschränkt verlängert wird ... Wir wollen, daß der Bund ..." usw. Die Folge dieser „Willensbildung" der Regierung Rau wird sein: Milliardengelder werden erneut zur Stillegung von Schachtanlagen verwandt, um die Profite der Stahl- und Energiekonzerne zu erhöhen. Während die VEBA 15 Prozent Dividende zahlt, sind die Zechenkiller weiterhin fast ungestört am Werk.

Die „Einheit" hat anläßlich dieser schlechten Meldungen für die Kumpel folgende Hauptüberschrift in ihrer 2. Augustausgabe parat: „**Große Zukunft für Kohle**". Es ist nicht das erste Mal, daß diese Überschrift seit 1967, dem Tiefpunkt der ersten Kohlenkrise, in der „einheit" auftaucht. Sollten die RAG-Pläne Wirklichkeit werden, werden bloß immer weniger Kumpel die „Einheit" noch lesen ...

Gemeinkostenwertanalyse:

Gemeine Kostenanalyse!

Aus: „Stählerne Faust", KPD-Betriebszeitung für Hoesch

Das ist wohl der treffende Begriff für die vom Vorstand beschlossene Gemeinkostenwertanalyse. Ganz harmlos, erstmals im Juni vorgetragen, entpuppt sich die Gemeinkostenanalyse (GKA) als die größte und umfangreichste Betriebsuntersuchung, die es je auf der Hütte gegeben hat. Über 5000 Kolleginnen und Kollegen sollen durchleuchtet werden mit Funktionsanalysen und Zeitablaufstudien. Gleichzeitig mit der schon begonnenen Betriebsuntersuchung „Hermannshütte" bedeutet dies, daß in den nächsten Monaten ca. 2/3 der Belegschaft überprüft werden sollen bzw. teilweise auch von Stoppern "beglückt" werden.

Das gilt für den gesamten Angestellten-Bereich, für den Bereich Q, für die Lagerwirtschaft und auch für den gesamten arbeitsdirektorialen Bereich.

Will der Vorstand etwa den Kauenwärtern, den Boten, den Kollegen im TSB und beim Werksschutz, die zumeist wegen ihres angeschlagenen Gesundheitszustands dort beschäftigt sind, auch die Stopper hinterherschicken? Das wäre ein Skandal ohnegleichen!

Das Ziel dieser Analyse ist natürlich klar. Im Handbuch „Praxis des Rechnungswesens" heißt es dazu schlicht und einfach: „Aus den USA wird berichtet, daß mit Hilfe dieser Analyse Kostensenkungen im Gemeinkostenbereich von 15—35% erreicht werden."

Natürlich holt man sich dafür dann auch eine amerikanische Firma als Berater heran. Zwar nur vier Leute, die reichen aber wohl aus, um 20 freigestellte Hoesch-Leute und weitere 200 Helfer auf Kurs für die Untersuchung zu bringen.

Wir meinen: bei diesem Konzept ist es lächerlich, die Belegschaft damit beruhigen zu wollen, daß die gesamte Untersuchung unter der Federführung des Arbeitsdirektors läuft, zumal der Projektleiter Könitzers persönlicher Referent ist. Entscheidend ist der Umfang und die intensive Methode der Untersuchung.

Da hilft es auch nicht, auf die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats zu bauen, denn der kann außer gewissen Absicherungsmaßnahmen höchstens anregen, ob statt fünf Tagen auf Frühschicht die Untersuchung lieber zehn Tage rund um die Uhr läuft.

Gegen diese Art von Untersuchung muß grundsätzlich angestunken werden, da sie nur ausschließlich ein Ziel: weitere 1000 bis 2000 Arbeitsplätze für überflüssig zu erklären.

Wichtig ist allerdings, daß der Betriebsrat die Belegschaft rechtzeitig alle Informationen über Zeitpunkt, Umfang und Art und Weise der Untersuchung in den einzelnen Abteilungen besorgt. Wie zu hören war, ist die amerikanische Berater-Firma insbesondere auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat bedacht. Offensichtlich versprechen sie sich dann für die Untersuchung ein besseres Klima.

Unruhe will man wohl von vornherein vermeiden. Wir folgern daraus: für die Belegschaft ist das wohl die beste Methode, um sich gegen diese Untersuchung zu wehren.

Gemeinkostenanalyse — Nein danke!

Antikriegstag '85

Kritische Anmerkungen zum Aufruf des DGB

Den Gesamteindruck vorneweg: der Bundesvorstand des DGB geht deutlich hinter das zurück, was im Juni als Gesamtmarschrichtung der Friedensbewegung festgelegt wurde. Das fängt dabei an, worüber in dem Aufruf erst mal gar nichts gesagt wird: Eureka, Nicaragua, konventionelle Aufrüstung, Themen, wo die SPD-Fraktion — mit Ausnahme von Nicaragua — den Kurs der Bundesregierung mehr oder weniger offen unterstützt.

Zum Gesamteindruck gehört auch, daß der Aufruf insgesamt sehr stark auf die Verhandlungen in Genf und auf eine „neue Entspannungspolitik“ orientiert. Diese Orientierung kann sich aber nur demobilisierend auf den Friedenskampf auswirken. Denn: wir waren nur stark, weil wir unabhängig von stattfindenden oder nicht stattfindenden Verhandlungen einen Aufrüstungsstopp bei uns forderten, Druck auf die eigene Regierung ausübten.

„Unverzüglicher Stopp der **weiteren** Stationierung atomarer Kurz- und Mittelstreckenwaffen ...“ Die von der Friedensbewegung gestellte Forderung nach Abbau der bereits installierten Systeme wird nicht erhoben, wohl wissend, daß auch eine für '87 erhoffte SPD-Regierung nie und nimmer aus freien Stücken den Amis sagen würde, sie sollten ihre Dinger wieder einpacken.

Bemerkenswert auch folgende Forderung: Die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik dürfen **nicht weiter ausgebaut werden** ... Also: der bestehende Rüstungsexport wird akzeptiert, denn: „Zur Beschränkung des Waffenhandels sind internationale Regelungen zu schaffen ...“ Ausgelassen wurde der zugrundeliegende Gedankengang: einseitiger Rüstungsexportstopp gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit „unserer Wirtschaft“ und damit Arbeitsplätze usw. usw. Schließlich: „Die Bundesrepublik muß **als Mitglied der NATO weiter** ihrer friedenspolitischen Verantwortung nachkommen ... und zu defensiv orientierten friedenspolitischen Konzepten ihren Beitrag leisten: „Ein uneingeschränktes Ja zur Mitgliedschaft der BRD im aggressiven NATO-Pakt. Und wenn der DGB-Vorstand nirgendwo auszumachende „defensive friedenspolitische Konzepte“ im Rahmen der NATO in die Diskussion bringt, dann könnte er doch wenigstens NEIN sagen zu allen offen auf dem Tisch liegenden und zudem gültigen aggressiven NATO-Konzepten wie z.B. AirLandBattle oder „Schlag in die Tiefe“. Das sucht man aber vergeblich im Aufruf.

Was bleibt: Gut zumindest, daß der DGB-Vorstand eine Beteiligung der BRD am SDI ablehnt und ein Einfrieren des Rüstungshaushaltes fordert.

Aber der DGB hat in diesem Herbst noch Gelegenheit, Flagge zu zeigen. Im November feiert die Bundeswehr und mit ihr alle staatstragenden Kräfte den 30. Jahrestag der Gründung der „Truppe“ auf über 300 Festveranstaltungen. An der Bundeswehr — aggressiv nach außen, Notstandsinstrument nach innen — gibt es für einen Gewerkschafter nichts zu feiern. Sollten sich die DGB-Spitzen an der Seite von Vertretern der Unternehmerverbände bei diesen Feierlichkeiten auf Ehrentribünen oder ähnliches verirren, dann wäre hinlänglich bewiesen, daß der DGB-Abrüstungsappell — was sein Text schon nahelegt — nicht viel wert ist, weil er auf einer prinzipiellen Bejahung des bürgerlichen Militarismus beruht.



Flugblatt der KPD zum Antikriegstag — DIN A 4, 4seitig. Bitte beim RM-Verlag bestellen.

Auseinandersetzungen um Rotation in Niedersachsen

Staatsgerichtshof: Rotation verfassungswidrig

Bei ihrem Versuch, die Grünen in die Ecke der verfassungswidrigen Parteien zu drängen, hat die CDU vor einiger Zeit einen gewissen Erfolg verzeichnen können. Der Staatsgerichtshof Niedersachsen hat in einem Urteil vom 5.6.85, das jetzt veröffentlicht wurde, zwar die beabsichtigte Rotation von fünf grünen Abgeordneten im niedersächsischen Landtag für zulässig erklärt, gleichzeitig aber die Rotation selbst als verfassungswidrig bezeichnet.

Die Grünen in Niedersachsen hatten sich auf Landesdelegiertenkonferenzen im Januar und im Juni 1982 für das Rotationsprinzip ausgesprochen. Wie anderswo auch, ließ die Begeisterung für die Rotation jedoch schnell nach, nachdem der Sprung in den Landtag einmal geschafft war. Innerhalb der grünen Fraktion erklärten sich von insgesamt 11 Abgeordneten letztendlich nur noch fünf bereit, ihren Abgeordnetensitz für die Nachrücker zu räumen und die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen im Mai 1984 akzeptierte diese Entscheidung.

Um die Mandatsniederlegung dieser fünf Abgeordneten gab es dann im niedersächsischen Landtag erbitterte Auseinandersetzungen. Anders als in anderen Parlamenten blieb es in Niedersachsen aber nicht bei einer parlamentsinternen Entscheidung. Die CDU versuchte in Niedersachsen vielmehr — mit Erfolg — den Staatsgerichtshof, also das Verfassungsgericht auf Landesebene, in die Auseinandersetzung einzuschalten.

Daß der Staatsgerichtshof in dieser Auseinandersetzung um die Rotation tätig wurde, ist selbst schon ein politischer Fakt. Denn die Rotation ist eindeutig Bestandteil eines politischen Programms. Als solcher, nämlich als Versuch, grüne Basisdemokratie konkret zu machen, wird sie von der CDU ja auch angegriffen. Die Einschaltung des Staatsgerichtshofs in diese Auseinandersetzung um die Rotation bedeutet also nichts anderes als den Versuch, die politischen Ziele der Grünen juristisch „überprüfen“ zu lassen und somit juristisch zu „erledigen“, was einem politisch nicht paßt.

Die Methode ist natürlich nicht neu. Auf diese Weise wurde bekanntlich auch das „Problem“ KPD gelöst, die 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verboten wurde. Neu ist, daß diese Methode jetzt für Teilbereiche der Politik und durch einen Staatsgerichtshof angewandt wird. Zu den Folgen, die das haben könnte, sollte das niedersächsische Beispiel Schule machen, erklärte einer der Juristen, Prof. Dr. Frank, vor dem niedersächsischen Staatsgerichtshof: „Würde man die verfassungsgerichtliche Kontrolle nun in den innerparlamentarischen Raum hinein ausdehnen, so könnte dies unabsehbare Folgen haben. Politisch unliebsame Bestandteile des Programms des politischen Gegners würden immer weniger Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen. Sie würden mehr und mehr den Verfassungsjuristen überantwortet.“

In der Sache war der Gang der CDU vor den Staatsgerichtshof nicht erfolgreich. Das Urteil erklärte die Mandatsniederlegung der fünf grünen Abgeordneten für rechtens. Wobei für diese Entscheidung ausschlaggebend war, daß die Mandatsniederlegungen nach Ansicht des Gerichts jeweils auf einem persönlichen Entschluß beruhten.

Politisch brachte das Urteil des Staatsgerichtshofs jedoch einen Teilerfolg für die CDU. Denn der Staatsgerichtshof verkündete außerdem, daß die Rotation verfassungswidrig sei, weil sie gegen die in der Landesverfassung festgelegte Dauer der Wahlperiode von vier Jahren verstoße. Andere, ebenfalls von der CDU vorgetragene Begründungen für die Verfassungswidrigkeit der Rotation (Verstoß gegen die unmittelbare Wahl, freies Mandat usw.) ließ das Gericht dagegen nicht gelten. Diese Tatsache schmälert zwar den Wert der Gerichtsentscheidung für die CDU. Aber immerhin.

Warum ist die Rotation für die CDU/CSU ein derart rotes Tuch? Weil es den Unionsparteien nicht so sehr um das geht, was sich durch die Rotation faktisch verändert hat oder faktisch verändern kann, sondern ums Prinzip. Um ein Prinzip, das der Staatsgerichtshof „als Teilakt einer Strategie“ beschreibt, „die das Ziel verfolgt, das Rotationsprinzip als Garantie einer stärkeren Anbindung des Abgeordneten an die ‚Parteibasis‘ und als Mittel zur kontinuierlichen Verbindung außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit — sei es auch nur teilweise — durchzusetzen.“

Tatsächlich ist die Rotation ein eher hilfloser Versuch, hier etwas zu erreichen. Denn sie ist eine vor allem individuell-moralische Antwort auf ein strukturelles Problem der parlamentarischen Parteiendemokratie. Aber es wird immerhin ein strukturelles Problem gesehen — und nicht nur „Ausrutscher“ einzelner Abgeordneter. Und das ist es vor allem, was stört.

Dazu der CDU-Abgeordnete Hartmann im niedersächsischen Landtag: *„Ich halte die Rotation für einen ersten Schritt eines gewollten Angriffs gegen unsere parlamentarische und repräsentative Demokratie.“* Und mit einfachen, weil offenbar eigenen Worten, sagt der CDU-Abgeordnete auch, wodurch er die Demokratie vor allem bedroht sieht: *„Meine Damen und Herren“*, fährt er nämlich fort, *„nicht umsonst haben sich unsere Vorgänger als Abgeordnete jahrhundertelang gegen Druck und Erpressung von oben wehren müssen, um ihre Stellung zu erkämpfen. Ganz offensichtlich ist es jetzt notwendig, sich gegen Druck und Erpressung von unten zur Wehr zu setzen.“* (Hervorhebung von uns — RM) Die große Gefahr, die der Abgeordnete Hartmann auf die parlamentarische Demokratie zukommen sieht, ist also nichts anderes als der Bürger der die Volksvertretung, die die parlamentarische Demokratie ihm verspricht, einzuklagen beginnt.

Auch die SPD lehnt die Rotation nicht wegen ihrer Unzulänglichkeiten ab, sondern weil sie eine der grundlegenden Widersprüchlichkeiten des Parlamentarismus offenlegt: den Widerspruch zwischen dem Anspruch, Volksvertretung zu sein und der tatsächlichen Ausschaltung des Einflusses eben dieses Volkes auf die Staatsgeschäfte. Bei der Debatte um die Rotation im niedersächsischen Landtag hob der Redner der SPD, der Abgeordnete Holtfort, die Probleme deshalb lieber auf die Ebene des menschlichen-allzumenschlichen. Er führte unter anderem aus: *„Überdies gehen die Grünen dabei von einem pessimistischen Menschenbild aus, nämlich von einem Abgeordneten, der schon nach zwei Jahren korrumpiert ist, von anderen Abgeordneten, die sich unkontrollierbar von ihrer Basis lösen ... zu einer Kaste professioneller Politiker verfestigen, und dies in einem Maße, füge ich hinzu, daß man diese Abgeordneten, wie sie sich die Grünen vorstellen, keineswegs vier volle Jahre im Parlament lassen könne. Das halte ich für falsch.*

Aus Bonn tönen zwar Nachrichten von schlimmen Sachen herüber: offenbar haben Parlamentarier Handgeld von Mächtigen der Wirtschaft genommen. (!) *Das ist eine sehr schlimme Sache. Aber erstens sind das nicht Abgeordnete, die dem Bundestag erst seit dieser Wahlperiode angehören,* (!) *und zweitens sind dies doch Ausnahmen, die wir nicht verallgemeinern dürfen. Die Demokratie und wir Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, müssen notwendigerweise von einer positiven Vorstellung vom Menschen ausgehen.“*

Die Warnung vor „Druck und Erpressung von unten“, bei der CDU, der Vorwurf des „pessimistischen Menschenbildes“ bei der SPD. Die Tonart ist verschieden. Aber in der Sache ist man sich einig: jeder tatsächliche politische Einfluß des Wählers auf die Staatsgeschäfte wäre Sand im Getriebe der parlamentarischen Demokratie. Er hat deshalb zu unterbleiben.

Eine „Solidarität der Demokraten“, die sich nicht nur in der Frontstellung gegen die Rotation zeigt, sondern auch in der Frontstellung gegen direkte Formen der Demokratie wie Volksbefragung und Volksentscheid, mit der man es bei jedem Versuch zu tun haben wird, dem „Souverän“ in diesem Staat etwas mehr politische Einflußmöglichkeiten zu verschaffen.

El Salvador

Größere Einheit innerhalb der FMLN

Die FMLN die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti ist eine Frontorganisation, die aus fünf verschiedenen Gruppierungen besteht, die den bewaffneten Kampf für die Befreiung El Salvadors führen. Die FMLN bildet die organisatorische Einheit und unterhält seit 1980 das Revolutionäre Vereinigte Oberkommando. Trotzdem operierten die Verbände der einzelnen Organisationen bislang relativ selbständig — politische Differenzen über die Strategie und Taktik des Kampfes zur Befreiung bestanden aber weiter. Jetzt ist einiges in Bewegung gekommen, der Prozeß einer Vereinheitlichung der Organisationen, die die Befreiungsfront FMLN bilden, schreitet voran.

Die bisherige Struktur der bewaffneten Opposition stellen wir in einem Schaubild dar. (aus: Brennpunkt Zentralamerika, RM Verlag 1984, Seite 88). Jetzt wollen sich die salvadorianischen Guerillaorganisationen in eine Einheitsorganisation verwandeln. Eine entsprechende Ankündigung gab es am vergangenen Mittwoch von Leonel Gonzáles, Chef der „Volksbefreiungsräte" **(FPL)** über den Guerillasender „Radio Farabundo Marti". Auch über „Radio Venceremos" kam vom wohl stärksten Guerillaverband, dem „Revolutionären Volksheer" **(ERP)** eine gleichlautende Erklärung.

Nach der Bekanntmachung von Leonel Gonzáles hat sich das Oberkommando der FMLN kürzlich im Department Morazan getroffen, das von der Befreiungsfront kontrolliert wird. Dabei sei festgestellt worden, daß ***„keine grundlegenden strategischen Differenzen"*** zwischen den fünf Organisationen mehr bestünden. Trotz vieler gemeinsamer militärischer Aktionen, vor allem bei den Offensiven der FMLN von 1982 und 1983 bestanden solche Differenzen in grundlegenden Fragen lange weiter. So vertrat die Organisation „Volksbefreiungskräfte" das Konzept des „langandauernden Volkskrieges", das schrittweise die Einbeziehung der Volksmassen in die Aufstandbewegung vorsah. Gegenposition dazu war das fast ausschließlich auf militärische Aktionen setzende Konzept des „Revolutionären Volksheeres".

Der Druck der Verhältnisse hat gerade in den beiden wichtigsten und stärksten Gruppen innerhalb der FMLN zum Umdenken geführt: Vor zwei Jahren noch, im April 1983, wurde die Commandante Ana Maria von der FPL von ihren eigenen Leuten umgebracht, angeblich, weil sie zu sehr auf Annäherungskurs war. Der Verantwortliche dafür beging dann Selbstmord. Andererseits hat der Chef der ERP für seine Organisation die totale Vernachlässigung der politischen Arbeit vor allem in den Städten als einen Fehler bezeichnet.

Nicht zuletzt zwingt die massive Unterstützung der USA für das Regime die Befreiungsfront zu größerer Einheit. Rein militärisch kämpft die FLMN nicht mehr nur gegen die Soldaten des Regimes. Die US-Regierung hat in den letzten Jahren fast zwei Milliarden Dollar nach El Salvador geschickt — ein Großteil davon geht direkt in die Ausgaben für den Krieg gegen die Befreiungsfront. Die Lage in El Salvador, die militärisch schon lange einer „Patt-Situation" ähnelt, könnte sich durch die jetzt deutlich verstärkten Einheitsbestrebungen im Lager der Befreiungskräfte positiv für das Volk verändern.

Entwicklung und Aufbau der Opposition

Oktober 80 FMLN
Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti
Organische Einheit der Guerillaorganisationen, den Generalstab bildet die DRU
Farabundo Marti war Anführer des blutig niedergeschlagenen Aufstandes von 1932, der von der Militärdiktatur hingerichtet wurde

Mai 80 DRU
Rev. Vereintes Oberkommando
Gemeinsame Strategie, Führung und Richtung der politischen Konzeptionen und Aktionen

Dezember 79 CRPM
politisch-militärisch revolutionäre Koordination

1930, PCS
Kommunistische Partei El Salvadors
Entstanden vor dem Volksaufstand von 1932 und dann blutig verfolgt. Bis heute eine kleine Gruppierung, die erst 1980 den bewaffneten Kampf in ihre Strategie einbezog

1979, PRTC
Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas
Entsteht als mittelamerikanische politisch-militärische Organisation. Schließt sich erst im Oktober 1980 der FMLN an

1970, FPL
Volkskräfte der Befreiung - Farabundo Marti (politisch-militärische Organisation)
Bilden sich aus einem Flügel der KP El Salvadors unter Beibehaltung des leninistischen Parteiaufbaus und Einbeziehung des bewaffneten Volkskampfes. Daraus resultiert die Strategie des langandauernden Volkskrieges. Sie sieht die schrittweise Einbeziehung des Volkes in den Befreiungsprozeß vor

1971, ERP
Revolutionäres Volksheer (politisch-militärische Organisation)
Entsteht aus einer Vielzahl von Guerillazellen, die die leninistische Parteistruktur der KP ablehnen und auf der Grundlage eines Zellenfoquismus hauptsächlich den bewaffneten Kampf aufnehmen. Die Arbeit in und mit der Bevölkerung wird erst 1977 aufgenommen. Schließt sich im Mai der DRU an

1974, FARN
Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstandes (politisch-militärische Organisation)
Entsteht als Abspaltung vom ERP und nimmt die Strategie des „revolutionären Krieges und des Aufstandes" an, verstanden als Bündnis aller unterdrückten und fortschrittlichen Schichten einschließlich der Militärs

Mitterands Atompolitik

Kriegserklärung an Greenpeace

Nachdem es praktisch zweifelsfrei feststeht, daß der französische Geheimdienst DGSE hinter dem Attentat auf das Schiff der Umweltschutzorganisation Greenpeace steckt, hat der französische Staatschef Mitterand nicht etwa einen Anlaß gesehen, sich zu entschuldigen und den Schaden wiedergutzumachen, nein, er droht der Organisation jetzt mit Waffengewalt.

Die „Rainbow Warrior" war am 10. Juli in Auckland/Neuseeland durch eine Bombe zerstört worden. Dabei kam ein Fotograf der Organisation Greenpeace ums Leben. Die „Rainbow Warrior" sollte in die Gebiete fahren, in denen Frankreich seit Jahrzehnten Atombombenversuche unternimmt. Die Bombenleger sind mittlerweile bekannt, es sind französische Staatsbürger mit engen Verbindungen zum Geheimdienst. Wie die Zeitschrift „Le Point" meldete, habe der Verteidigungsminister Hernu selbst Anfang des Jahres „in einem enormen Wutanfall" Anweisung für eine Operation gegen Greenpeace gegeben; er habe erfahren, daß die Organisation die „Bevölkerung der Nachbarinseln von Mururoa gegen die Atomversuche mobilisieren" wolle. Mururoa ist die nächste bewohnte Insel am Versuchsgebiet.

Der Protest gegen die Atombombenversuche der französischen Armee kommt im südpazifischen Raum nicht nur von den engagierten Umweltschützern der Greenpeace-Organisation. Die spektakulären Aktionen von Greenpeace sind nur ein kleiner Teil des Protestes, der sich unter anderem in der Bildung einer internationalen atomwaffenfreien Zone im Südpazifik durch 14 Staaten zeigt. (siehe auch RM 31/32, S. 7)

Am gleichen Tag, als ein neues Schiff der Umweltschützer mit den Namen „Greenpeace" von Amsterdam auf Kurs Südpazifik abfuhr, hat der französische Staatspräsident ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, die französischen Atombombenversuche im Pazifik würden so lange fortgesetzt, wie dies für die Landesverteidigung für notwendig erachtet werde. Mitterand forderte die Streitkräfte Frankreichs auf, notfalls mit Waffengewalt unerlaubtes Eindringen in die Testgebiete um die Pazifik-Atolle Mururoa und Fangatofe zu verhindern. Dies ist nichts anderes als eine Kriegserklärung an die Atomwaffengegner.

Neuseeland, das auch dem Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone beigetreten ist und keine atomwaffenbestückten oder atomar angetriebenen Schiffe mehr in seine Häfen läßt, hat energisch gegen die offenkundige terroristische Aktivität des französischen Geheimdienstes in Auckland protestiert. Als „schwere Verletzung internationalen Rechts" wertete der neuseeländische Premierminister Lange den Bombenanschlag vom 10. Juli. Lange, der mit einem Anti-Atomprogramm die Wahlen gewonnen hat, muß sich gegen die Machenschaften der französischen Atompolitik wehren. Die Aktivitäten von Greenpeace haben erhellt, daß sich die französischen Imperialisten für den Aufbau ihrer Atomstreitmacht einen Dreck um die Interessen, die Gesundheit und Zukunft der Bewohner einer ganzen Region scheren.



„Greenpeace" auf dem Weg in den Südpazifik

Nicaragua

Contra handelt auf US-Befehl

In der vergangenen Woche wurde wieder eine westdeutsche Entwicklungshelferin in Nicaragua von Contras entführt. Diese zweite Entführung innerhalb weniger Wochen ging relativ schnell zuende. Am vergangenen Sonntag war die Entführte nach drei Tagen wieder frei. Diese Entführung und der vorherige Fall vom Juni machten hier große Schlagzeilen. Vergessen wird darüber oft der sich täglich mehrende Terror der konterrevolutionären Banden gegen das nicaraguanische Volk und die jetzt nachgewiesene Finanzierung, Beratung und Absprache dieser Verbrechen durch höchste US-Regierungsstellen.

Im vergangenen Mai verweigerte der US-Kongreß direkte, „legale" Unterstützung für die Contras in Nicaragua. Später wurden zwar 27 Millionen Dollar „nichtmilitärischer Hilfe" bewilligt, die Unterstützung für die Feinde der sandinistischen Revolution hatte aber nie aufgehört. Wie jetzt bekannt wurde, operieren die konterrevolutionären Banden unter direkter US-Anleitung. Immer haben man, so Reagans Sicherheitsberater McFarlane, mit den Contras „Händchen gehalten". Das lief und läuft wie folgt ab. Verbindungsmann zu den Contras ist Oberstleutnant Oliver North, stellvertretender Direktor für politisch-militärische Angelegenheiten des Nationalen Sicherheitsrates der USA. Mit Billigung des Präsidenten ist er praktisch der „Oberbefehlshaber" der rechten Kampftruppen gegen Nicaragua. Seine Sporen hat sich Both im Vietnam-Krieg verdient, auch an der Planung der Invasion von Grenada war er beteiligt. Er besucht öfter Honduras, das als größter US-Stützpunkt in der Nachbarschaft Nicaraguas ausgebaut wurde und von wo aus die meisten Contra-Angriffe gegen Nicaragua laufen. Ein übergelaufener Ex-Contra berichtet über die „Arbeit" der US-Offiziere mit den Contras: Die CIA finanziert ihre Propaganda und bezahlt die Büros. Agenten der CIA redigieren die Grundsatzerklärungen der Contra und formulieren angebliche Friedensinitiativen. Der Überläufer aus der Contra enthüllt auch, daß bei fast allen Contra-Besprechungen Vertreter der USA dabei sind. Die zuletzt bewilligten 27 Millionen Dollar, die „nichtmilitärische Hilfe" darf nach den Bestimmungen allerdings nicht über das Verteidigungsministerium oder die CIA weitergegeben werden. Darüber zu wachen hat der Nationale Sicherheitsrat der USA.

In diesem konkreten Fall zuständig: eben jener Oberstleutnant Oliver North, der Verbindungsoffizier zwischen Terrorauftraggeber Weißes Haus und Terrorbande Contra!

Im Rahmen der Hetzkampagne gegen Nicaragua hat die Rechte in den USA unter Mitwirkung vieler Prominenter eine massive Geldsammlung gestartet. Leute wie der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Korea oder der ehemaligen UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick — fanatische Antikommunistin — haben bei US-Konzernen und bei den Reichen im Lande innerhalb knapp eines Jahres rund 25 Millionen Dollar für die nicaraguanischen „Freiheitskämpfer" sprich: für die Contra zusammenbekommen. Die Freunde eines Regimes, wie es bis 1979 unter dem Diktator Somoza bestand, haben noch weitere Pläne. Sie wollen jetzt ein „Jean Kirkpatrick-Bataillon" aufstellen und eine texanische Millionärin ist Namensgeberin eines Hubschraubers, der den Contras geschenkt wurde. Die „Ehre" hatte die Millionärin damit erworben, daß sie allein kürzlich 65000 Dollar für den bewaffneten Kampf gegen das freie Nicaragua gespendet hatte. Ohne die USA, ohne die Regierung und ihre reichen Helfer wäre die Contra für Nicaragua keine Gefahr.

Meldungen

Japan

Nakasone ehrt Kriegsverbrecher

Die faschistische „Achse Berlin-Tokio" existiert in gewissen Bereichen offensichtlich noch. Nachdem Bonns Repräsentant Helmut Kohl, wohl in seiner Eigenschaft als Regierungchef des „Rechtsnachfolgers des Dritten Reiches", 40 Jahre nach Kriegsende mit Ronald Reagan einen Friedhof besuchte, wo SS-Leute begraben sind, tat sein japanischer Kollege Nakasone Ähnliches.

Am Jahrestag der Kapitulation Japans — nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki — besuchte Nakasone als erster Premierminister Japans offiziell den Yasukini-Schrein, in dem neben Kriegstoten auch die japanischen Kriegsverbrecher verehrt werden. Dieser offizielle Besuch hat große öffentliche Aufregung hervorgerufen, werden in diesem Schrein doch auf Schriftenrollen unter anderem der Kriegspremier, Faschist und General Hideki und sechs weitere Politiker und Militärs geehrt, die 1948 von einem internationalen Gericht als Kriegsverbrecher verurteilt und hingerichtet wurden.

Japanische Oppositionsbewegungen organisierten wegen dieser Veranstaltung Gegendemonstrationen und Kundgebungen zum 40. Jahrestag der Kapitulation, in denen sie vor allem die Wiederbelegung des Militarismus in Japan angriffen. Aktuell entzündet sich ein Streit an einer Verfassungsbestimmung, die vorschreibt, daß höchstens 1 Prozent des Bruttosozialprodukts Japans für Verteidigungsausgaben ausgegeben werden darf. Nach Umfragen ist die Mehrheit der Japaner für die Beibehaltung dieser Bestimmung.

Südafrika/Lesotho

Wahlen abgesagt

Im Königreich von Südafrikas Gnaden, dem kleinen angeblich unabhängigen Lesotho, das inmitten der südafrikanischen Republik liegt, wurden die ersten Wahlen seit 1966 jetzt wieder abgesagt und sämtliche Kandidaten der Regierungspartei als „gewählt" erklärt.

Die Opposition hatte wegen des Verdachts der Fälschung der Wählerlisten bei Nichteinsicht in diese Listen mit Wahlboykott gedroht. Die Einsicht wurde verweigert und mangels Gegenkandidaten hat die Regierung ihren größten Wahlsieg gelandet: 100 Prozent.

Zur Kritik des BWK am Programmentwurf des ZK der KPD

Über Lohnarbeit und Vergesellschaftung

Die Genossen des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) haben in ihren „Politischen Berichten" Nr. 16/85) einen Artikel zum Programmentwurf des ZK der KPD veröffentlicht, den wir in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" (Nr. 31/32 - 85) wiedergegeben hatten. Bereits dort hatten wir angekündigt, eine Erwiderung im RM zu veröffentlichen, was hiermit geschehen soll.

Sachliche Debatte

Die Genossen des BWK (beziehungsweise der zeichnende Genosse gba) unterstreichen zu Beginn ihres Artikels, daß es ihnen darauf ankomme, eine sachliche Debatte zu führen, um vorwärts zu kommen. Unsererseits können wir sagen, daß es auch uns gerade darum geht. Soll heißen: Es geht uns nicht darum, mit Klauen und Zähnen jede Aussage oder gar jede Formulierung dieses Entwurfs zu verteidigen, sondern um eine echte inhaltliche Debatte, die keineswegs frei von Polemik bleiben muß. Dies geht davon aus, daß es wohl als selbstverständlich gelten kann, daß wir die Art, die Stoßrichtung (und natürlich auch den Inhalt) unseres Entwurfs für richtig halten, ebenso, wie es klar sein dürfte, daß von anderen Organisationen erhebliche Einwände kommen.

Die Hauptargumentation, die der Genosse des BWK vorträgt, ist in folgendem Zitat zusammengefaßt:

„Warum unsere Betonung, daß statt Dschungelgesetzen das Zwangsgesetz der Wertbestimmung die Bewegungen des Kapitals diktiert? Mit Bestimmungen wie „Dschungelgesetz" ist für den Leser des Programm-Entwurfs nahegelegt, daß objektive Gesetze, die hinter dem Rücken der Kapitalisten wirken, nicht existieren."

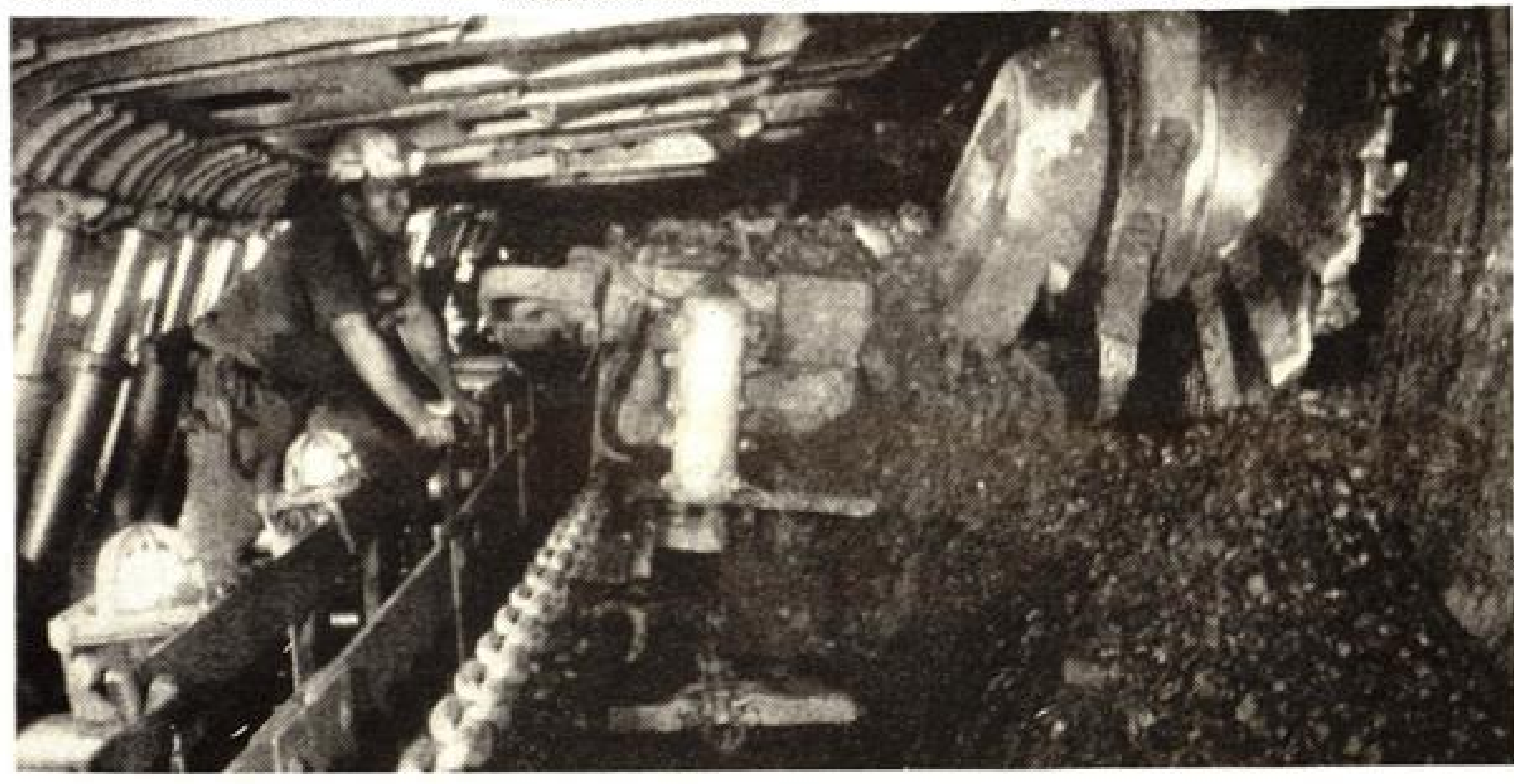
Und weiter:

„Wohin die KPD in ihrem Programmentwurf weitergehen möchte, zur Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse bliebe bei dieser sozialistischen Zielsetzung Utopie, der Weg zur Aufhebung der Ausbeutung und zur geschichtlichen Emanzipation der Arbeiterklasse und der ganzen Gesellschaft unverstanden.

Zusammengefaßt: Ebensowenig wie die kapitalistischen Krisen die Abhängigkeit der Ware Arbeitskraft, die frei ist von Produktions- und Reproduktionsmitteln, erklären und begründen, sondern nur verstärken, ebensowenig wird im Sozialismus der Arbeiterklasse die Beseitigung der Ausbeutung gelingen ohne die Abschaffung der Ware Arbeitskraft und der darauf beruhenden Wertproduktion."

Dschungel contra Wert

Es erscheint einigermaßen erstaunlich, wie die Genossen in ihrer Kritik eine ganze Argumentationskette aus einem Begriff herleiten. Sicher kann man darüber streiten, ob die Bezeichnung „Dschungelgesetze" besonders günstig, zutreffend oder klar sei und vermutlich kann man dabei auch zum Schluß kommen, daß dem nicht so ist.



Keine Akkordarbeit? Aber technische Norm? Und der qualitative Unterschied?

Dennoch ist diese Art der Beweisführung weder besonders einleuchtend noch zutreffend.

Denn weder wird im Entwurf als Ursache für die Lage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Westdeutschland ausschließlich auf das erwähnte Dschungelgesetz verwiesen, noch trifft es zu, daß die einzige im Programmentwurf angegebene „Gegenmittel" die einheitliche Planung wäre, wie es an anderer Stelle des Kritikartikels heißt.

Dies so darzustellen, halten wir einfach für ein unzulässiges Herausnehmen bestimmter Aussagen aus dem Gesamtzusammenhang.

Es sei deshalb erlaubt, zunächst einmal eine Passage aus dem Programmentwurf zu zitieren:

„Ein radikaler gesellschaftlicher und politischer Umschwung wird sich vor allem in folgenden Maßnahmen niederschlagen: (...)

Die Schaffung aller politischen und rechtlichen Voraussetzungen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich von Ausbeutung zu befreien, das System der Lohnarbeit zu beseitigen und die Leitung der gesamten Volkswirtschaft im Interesse der Gesellschaft zu erlangen."

Voraussetzungen dafür werden im Entwurf ebenfalls genannt.

Dies soll nun nicht die ganze Debatte auf eine Ebene bringen, im darum gestritten wird, was denn nun wohl im Programmentwurf steht und was nicht. Da gäbe es erstens noch mehrere Fragen, die sich so — unergiebig — behandeln ließen, zweitens führt das wirklich nicht weit. Angeführt ist diese Passage ausschließlich deshalb, um deutlich zu machen, daß es so einfach nicht geht, anhand eines Begriffs eine ganze Argumentationskette aufzubauen.

Eine Debatte darüber, ob im Programmentwurf des ZK der KPD der Fehler darin liegt, daß das ganze kapitalistische System falsch begriffen werde, halten wir angesichts der getroffenen Aussagen wirklich nicht für nötig.

Etwas ganz anderes ist es, wenn es darum geht, zu diskutieren, welche politischen Vorstellungen es darüber gibt, wie die Probleme im Sozialismus zu lösen seien.

Die Meinung, die dazu in unserem Programmentwurf vertreten wird, läßt sich verkürzt so umreißen: Enteignung, Vergesellschaftung und politische Massendebatte über den Plan.

Es wäre angesichts der programmatischen Zielsetzung, nicht bei der Verstaatlichung stehenzubleiben, sondern darüber hinaus Maßnahmen der direkten Verfügungsgewalt der Arbeiterklasse über die Produktion einzuführen, doch interessant zu wissen, inwiefern dies einer Zielsetzung der Aufhebung der Lohnarbeit nicht entsprechen oder gar widersprechen sollte. Im Gegenteil sind wir der Meinung, daß gerade dies ein wesentlicher Schritt dabei ist.

Eine ganz andere Frage wäre es, wenn gesagt wird, in einem solchen Programm sollten Schritte, bzw. die Zielsetzung der Abschaffung der Warenproduktion insgesamt genannt werden. Darüber ließe sich durchaus streiten, mit guten Argumenten dafür und dagegen. Aber diese Frage wird in dem Kritikartikel nicht aufgeworfen.

Konkrete Fragen

Diese beengte Herangehensweise in der Kritik am Programmentwurf zeigt sich konsequenterweise denn auch in einer Reihe von Einzelfragen, die anschließend, auf Grundlage der genannten Argumentation, angesprochen werden.

So meint der Genosse gba:

„Mit der Feststellung, daß die Arbeitskraft als Ware abgeschafft werden muß, muß in einem kommunistischen Programm auch richtig gefordert werden: sofortiges Verbot der Akkordarbeit! Und nicht nur „schnellstmögliche Abschaffung" wie im Programmentwurf."

Das klingt selbstverständlich gut. Genauer überlegt, wirft es aber doch ganz direkt die Frage auf, was denn nun alles Akkord sei oder nicht. Direkt gefragt: Was sind, im Prinzip, im Sozialismus die technisch begründbaren Normen (oder wie der Begriff jeweils heißen mag) denn anders als, vielleicht weniger kraß, akkordähnliche, ihrem Wesen nach mit ihm identische Formen von Lohnbestimmung? Noch gar beispielsweise im realen Sozialismus à la DDR, wo solche Normen ausdrücklich mit den sattsam bekannten Refa-Methoden ausgearbeitet werden? So einfach ist diese Fragestellung eben nicht und der Verfasser des Kritikartikels läßt sie ganz außen vor, weil es ihm offensichtlich im wesentlichen um eine Begriffsdebatte zu gehen scheint, was wir als verfehlten Ansatz betrachten. Eine programmatische Festlegung auf ein sofortiges Verbot der Akkordarbeit (wenn diese richtig verstanden wird und nicht nur ganz bestimmte Einzelsysteme gemeint sind) — das erscheint in der Tat entweder als leeres Versprechen oder als Begriffsverwischung. Wobei es Ziel kommunistischer Politik sein muß, anzustreben, daß der Unterschied zwischen sofort und schnellstmöglich möglichst gering ausfalle.

Eine weitere konkrete Schlußfolgerung aus der grundlegenden Argumentation:

„Die Verfasser des Entwurfs gehen — ohne darauf hinzuweisen — von dem Fortbestehen der Lohnform im Sozialismus aus, denn sie fordern ausdrücklich das Streikrecht im Sozialismus, was aber nur einen Sinn gibt, wenn ein Markt für die Ware Arbeitskraft vorhanden ist."

An dieser Stelle läge es wohl am nächsten, Polemik mit Schimpfen zu verwechseln. Weil: Es ist schon ein bißchen viel der Unterstellung. Und: Allzu wortgleich mit der DKP und Co. argumentieren sollte man nun auch nicht. Unter Marxisten sollte — eigentlich — bekannt sein, daß Streiks keineswegs nur beim Verkauf der Ware Arbeitskraft eine Rolle spielen. Mit der hier angeführten Argumentation wird in den Staaten des realen Sozialismus der Arbeiterklasse das Recht auf Streik genommen.

Nein, wir gehen nicht von der Lohnarbeit aus, schon gar nicht stillschweigend, und leiten daraus das Streikrecht ab, sondern ganz allgemein gesprochen, von der Vorstellung, daß im Sozialismus die Arbeiterklasse alle Möglichkeiten haben muß, Einfluß auf gesellschaftliche Vorgänge jedweder Art zu nehmen.

Wenn im weiteren der Genosse gba bei der Frage des Widerspruchs zwischen Hand- und Kopfarbeit fordert, im Programmentwurf müßten konkrete Maßnahmen zu seiner Aufhebung benannt werden, wie etwa die Einheitsschule (gegen die ja nun kein Sozialist etwas haben kann), dann denken wir, wird ein Unterschied deutlich. Wir halten es für keine grundsätzliche Lösung dieses Widerspruchs, überspitzt gesagt, nun lauter Schlosser mit Abitur haben (wogegen nichts einzuwenden ist). Wir halten es aber, beispielsweise, für eine wichtige Methode für die Arbeiterklasse in diesem Widerspruch handlungsfähig zu sein, daß sie das Recht auf Streik hat.

Einige Konsequenzen

Im Anschluß an die oben zitierte Passage zum Streikrecht schreibt der Verfasser:

„Sie greifen das Fortexistieren der Wertproduktion aber nicht als ein Problem der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus auf. Sie weisen zwar warnend daraufhin, daß in der DDR und der Sowjetunion ‚eine kleine Minderheit die Wirtschaft kontrollieren und die Arbeiterklasse ausbeuten' kann. Dieser Begriff von der Minderheit ist eine Verharmlosung. Damit wird die Idee tradiert von den schon immer in der Geschichte der Menschheit wirkenden schlauen Bestien, die etwas usurpieren."

Es stimmt, wie bereits gesagt, daß das Problem der Wertproduktion, wie auch manch andere des Übergangs zum Kommunismus nicht behandelt werden. Darüber kann man diskutieren: Aber weder war es Aufgabe dieses Programmentwurfs, die Strategie der Kommunisten für den Übergang vom Sozialismus (und nicht irgendeiner diffusen Übergangsgesellschaft) zum Kommunismus herauszuarbeiten, noch ist es so, daß zu dieser ganzen Problematik nichts im Entwurf steht. Hier sei nochmals darauf verwiesen, daß wir Fragen wie Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung usw. dafür für wesentlich halten.

Was die Passagen über die „Minderheit" angeht, so geht es uns weder darum, psychologische oder Charakterdebatten einzuführen über das Schlechte im Menschen, noch darum alles im Programm niederzuschreiben. Auffassungen über die Entwicklung in jenen Ländern haben wir in verschiedenen Texten im Rahmen der Programmdebatte dargelegt, diese sind allgemein zugänglich.

Die Konsequenz der gesamten geäußerten Kritik in diesem Artikel läßt sich unserer Meinung nach so zusammenfassen:

Der Programmentwurf des ZK bestimmt das Wesen des Kapitalismus falsch, kann von daher auch die Grundzüge einer sozialistischen Gesellschaft nicht richtig treffen, womit sich auch die KPD-Kritik an den Staaten des sogenannten realen Sozialismus in idealistischer Spiegelfechterei auflöst.

Wir meinen, daß diese Kritik, auch wenn die Formulierung „Dschungelgesetz" in der Tat überlegenswert erscheint, nicht zutrifft. Es trifft nicht zu, daß wegen der Verwendung dieses Begriffs, das ganze kapitalistische System und seine Funktionsweise im Programmentwurf falsch dargestellt sei. (Eine ganz andere Frage wäre es wiederum, wer welche Schwerpunkte in einem Programm haben möchte, ob der Verfasser beispielsweise politisch der Meinung ist, das Problem der Arbeitslosigkeit sei nicht so wichtig oder ähnliches).

Wir denken ganz im Gegenteil, daß wir in dem Programmentwurf ganz wesentliche Fragen der Abschaffung der Lohnarbeit (und, wenn man so will, auch der Stellung der Arbeiterklasse im Widerspruch zwischen Hand- und Kopfarbeit sowie anderen auftauchenden gesellschaftlichen Widersprüchen) behandelt haben. Und wir meinen schließlich auch, mit der Verwirklichung der dabei angestrebten Maßnahmen (sowie einiger anderer Aussagen des Entwurfs) wäre ein wesentlicher Schritt gegen eine neue Ausbeuterklasse getan, als nur auf den ersten Blick einleuchtende Maßnahmen wie sofortiges Verbot von Akkordarbeit oder die Einheitsschule.

Wir denken, daß sich die Genossen des BWK auch noch zu anderen Fragen in diesem Zusammenhang zu Wort melden werden und erwarten solche Stellungnahmen.

Helmut Weiss

Zur Behandlung der Rolle der KP im Rahmen der Programmdiskussion

Der folgende Artikel ist ein Diskussionspapier des ZK, hervorgegangen aus Überlegungen auf dem Plenum im Juni, vom Autor aufgrund der dortigen Debatte überarbeitet.

Der vorliegende Programmentwurf bringt zum Ausdruck, daß in unserer Partei eine ganze Reihe von Veränderungen in den politischen Auffassungen, den programmatischen Vorstellungen für nötig erachtet werden. Diese Diskussionen berühren u. a. unsere Vorstellungen über den Sozialismus wie auch politische Einschätzungen der Klassenverhältnisse heute und welche Bedingungen wir für erforderlich halten, damit eine revolutionäre Umwälzung der politischen und sozialen Verhältnisse möglich wird.

Die Diskussion über nötige Veränderungen unserer programmatischen Grundlagen haben ja lange vor Erscheinen des Programmentwurfs begonnen, und einmal abgesehen von einer Reihe von Genossen, denen die ganze Richtung nicht paßt, sehen tatsächlich die meisten Genossen unserer Partei diese Veränderungen als Voraussetzungen, damit unsere Partei wirkungsvoller innerhalb der Arbeiterbewegung für eine revolutionäre Arbeiterpolitik eintreten kann.

Was aber ist mit der Partei selber, stimmen da eigentlich ungebrochen die Vorstellungen, wie wir sie jahrelang vertreten haben? Welches Selbstverständnis folgt aus all dem für die kommunistische Partei?

Der Programmentwurf beantwortet diese Frage nicht direkt, weil das ZK eigentlich der Auffassung ist, daß die Behandlung des Selbstverständnisses keine Sache eines politischen Programms der Partei ist. Die Diskussionen um den Programmentwurf aber haben gezeigt, daß viele Genossen hier etwas anderes erwartet haben. Nicht allein unsere Dogmatiker, die in der Art und Weise, wie das Programm diese Frage behandelt, nur den letzten Beweis für die revisionistische Entartung des ZK zu erkennen glauben. Nein, viele Genossen haben hier etwas anderes erwartet, sei es weil wir alle dies ja aus unseren bisherigen Vorstellungen eines Programms anders gewöhnt sind, vor allem aber weil sie zu Recht fordern, daß diese wichtige Frage diskutiert und beantwortet werden muß. Und dies ist ja unabhängig von der Frage, ob das Programm besondere Auslassungen zur Partei enthalten soll richtig und notwendig. Immerhin haben wir bisher ein bestimmtes Verständnis über die Rolle der kommunistischen Partei vertreten, was ja auch Teil unseres alten Programms war. Wir möchten aber zum Schluß dieses Artikels auf die Frage noch einmal zurückkommen, ob im Programm mehr über die Partei stehen sollte.

Warum halten wir eine kommunistische Partei für notwendig? Weil wir die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen des Kapitals für unvereinbar halten. Weil wir den Sozialismus wollen, der endlich den arbeitenden Menschen die Freiheit, die Existenzsicherheit und die Entfaltungsmöglichkeit bietet, die ihnen weder diese kapitalistischen Verhältnisse noch die Verhältnisse in den „realsozialistischen" Ländern bieten können. Weil wir die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse wollen, weil wir nur so eine Überwindung von Arbeitslosigkeit, Armut, von Wirtschaftskrisen und Kriegsgefahr und all den anderen gesetzmäßigen Erscheinungen des kapitalistischen Systems für möglich halten. Dies alles unterscheidet uns grundlegend von den anderen politischen Kräften, die heute den maßgeblichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung haben.

Wir meinen, daß wir diese Ziele nicht erreichen können, wenn es nicht gelingt, die Mehrheit der Arbeiterbewegung für eine revolutionäre marxistische Politik zu gewinnen. Davon sind wir heute noch weit entfernt. Der Kreis, der heute bereits für eine solche Politik eintritt, ist denkbar klein und zudem uneinheitlich und zersplittert. Unser Ziel aber ist eine revolutionäre Massenpartei, und die wird nicht plötzlich wie der Phönix aus der Asche auferstehen, wenn nur die Zeit reif genug ist. Sicherlich spielt für die Entwicklung in der Arbeiterbewegung die objektive Entwicklung, d.h. in welchem Umfang und in welcher Schärfe die Auswirkungen von Krisenentwicklung die Arbeiterklasse trifft, eine wichtige Rolle. Aber die Arbeiterklasse gelangt nicht spontan irgendwann plötzlich an den Punkt, wo sie all die alten Vorstellungen abstreift und nur ihre „historische" Mission erkennt. Eine solche Betrachtungsweise hat nichts mit einer geringschätzigen Betrachtungsweise der Arbeiterklasse zu tun, sondern stellt in Rechnung, daß wie alles in der Gesellschaft, auch in der Arbeiterbewegung die Entwicklung ungleichmäßig verläuft. Die marxistische Politik muß sich gegen die existierenden politischen Vorstellungen innerhalb der Arbeiterklasse durchsetzen. Dies sind heute vor allem die sozialdemokratischen Vorstellungen. Diese herrschenden Denkweisen und Vorstellungen schüttelt die Arbeiterbewegung nicht über Nacht ab, sondern nur in dem Maße, wie es den revolutionären Sozialisten gelingt, ihre Antworten auf die drängenden Probleme als die richtigen, als tauglich für eine wirkliche Durchsetzung von Arbeiterinteressen zu vertreten. Wir gehen davon aus, daß die Krise des kapitalistischen Systems sich verschärfen und zu einer Zunahme von direkten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit führen wird. Damit aber das Ergebnis dieser Kämpfe auch ein zunehmender Einfluß des revolutionären Marxismus in der Arbeiterbewegung wird, muß sie als eigenständige politische Alternative existieren und in dem aktiven Eintreten für die Arbeiterinteressen jeden Ansatzpunkt nutzen, der in der Bewegung das Bewußtsein fördert, daß sie den Kampf um die politische Macht führen muß.

Dies gilt auch für Zeiten, in denen wir noch kein verbreitetes antikapitalistisches Bewußtsein in der Arbeiterbewegung, geschweige denn eine sozialistische Massenstimmung vorfinden. Es gibt ja heute in der revolutionären Linken bis in die Reihen unserer Partei die Auffassung, die Existenz einer kommunistischen Partei sei eher ein Hindernis zur Entwicklung einer marxistischen Politik in der Arbeiterbewegung. Dies mag als Schlußfolgerung aus der relativen Erfolglosigkeit unserer Partei und den revolutionären Sozialisten überhaupt verständlich sein, nur trifft eine solche Feststellung nicht im entferntesten das Problem, vor dem die revolutionären Sozialisten heute stehen. Es gibt in unseren Augen keine Alternative zur Notwendigkeit einer politisch handelnden kommunistischen Partei, wenn wir wollen, daß eine wirklich sozialistische Perspektive, das Streben nach politischer Macht für die Arbeiterklasse sich in der Arbeiterbewegung durchsetzen kann. Was wir aber tatsächlich überprüfen müssen, ist unser bisheriges Verständnis über die Rolle der kommunistischen Partei.

Die Sache mit der Vorhutpartei

In der leninschen Theorie über die Notwendigkeit einer revolutionären Vorhutpartei ist der vollständige Bruch mit dem Opportunismus in der Arbeiterbewegung das grundlegende Merkmal von revolutionären Arbeiterparteien. Lenin wies nach, daß der Opportunismus in der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern keine zufällige und zeitweilige Erscheinung ist, sondern Folge des Entstehens einer Schicht von privilegierten, aus den Extraprofiten der Imperialisten bestochenen Arbeitern ist. Diese Schicht von Arbeiteraristokraten hat ihre eigenen Interessen aufs engste mit der Existenz des Kapitalismus verknüpft, denn sie bedeutet für sie ein durchaus erträgliches (zum Teil außerordentliches bevorzugtes) und privilegiertes Leben. Der Opportunismus in den Parteien der II. Internationale, die Anpassung der Arbeiterbewegung an die bürgerlichen Verhältnisse waren in seinen Augen das politische Produkt dieser Arbeiteraristokratie, eine Politik, die sich z.B. in der Bewilligung der Kriegskredite und damit die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im 1. Weltkrieg und in dem Auftreten gegen die revolutionären Bestrebungen z.B. in der Novemberrevolution nachdrücklich zeigte. Der schonungslose Bruch mit diesem Opportunismus war deshalb die Grundvoraussetzung der neuen revolutionären Parteien der III. Internationale.

Und heute? Es braucht keine großen Untersuchungen, um festzustellen, daß heute der Einfluß einer bürgerlichen Arbeiterpolitik gegenüber Lenins Zeiten noch weitaus größer, ja die beherrschende Ideologie in der Arbeiterbewegung ist. Die SPD ist die bestimmende Partei in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Sie vertritt nicht nur eine Politik der Klassenversöhnung, hält die Theorie der Spaltung der Gesellschaft in Klassen für überlebt, sondern tritt offen und massiv für die Verteidigung des kapitalistischen Systems ein. Anders als die Parteien der II. Internationale zu Lenins Zeiten tritt sie direkt gegen den Klassenkampf auf und vertritt stattdessen die Theorie der sozialen Partnerschaft. Sie kann dabei nicht nur auf die Unterstützung einer kleinen Schicht besser gestellter und privilegierter Arbeiter rechnen, nicht nur auf die privilegierte Schicht von Arbeiterbürokraten in der Gewerkschaftsbewegung zählen, sondern findet nach wie vor in großen Teilen der Arbeiterbewegung direkte Unterstützung.

Es gibt sicherlich eine Reihe von Gründen, warum diese SPD trotz der Kirsenentwicklung in den letzten Jahren nach wie vor über einen dominierenden Einfluß verfügt. Einer der Gründe liegt wohl in der langen Periode „friedlicher" Entwicklung in Westdeutschland, in der große Teile der arbeitenden Menschen ihre Lage als durchaus erträglich empfanden und die Möglichkeit einer krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus weithin als möglich erachtet wurde. Aber auch wenn man zu Recht feststellt, daß eine tiefgreifende Veränderung bis heute nicht eingetreten ist, so ist doch in den letzten Jahren etwas in Bewegung gekommen, das die Möglichkeit einer breiten antikapitalistischen Strömung in der Arbeiterbewegung andeutet. Gemeint sind solche Erscheinungen wie die Betriebsbesetzungen oder etwa die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche, wo sich einmal die spontane Bereitschaft von Kolleginnen und Kollegen zeigte, ihre Interessen nicht mehr einfach dem Vertrauen auf die soziale Partnerschaft unterzuordnen, andererseits (und das hängt sicherlich mit ersterem eng zusammen) ist die Zahl derer gewachsen, die für eine Ausweitung des Klassenkampfes in der Gewerkschaftsbewegung eintritt.

Wollen wir als Kommunisten diese Entwicklung positiv beeinflussen, dann werden mit der umstandslosen Übertragung der leninschen Theorie des schonungslosen Bruchs mit dem Opportunismus als Hauptmerkmal einer revolutionären Partei Schiffbruch erleiden, weil die Kräfte, die heute neben uns für eine Ausweitung des Klassenkampfes in der Arbeiterbewegung eintreten, die heute gegen die Sozialpartnerschaftspolitik von SPD und DGB eintreten, zumeist „Opportunisten" im klassischen leninschen Sinne sind. Der Unterschied ist eben „nur", daß in den 20er Jahren die Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung, auf die die leninsche Politik zielte, auf dem Boden einer breiten sozialistischen Massenstimmung stattfand, wo nicht nur der kommunistische Arbeiter, sondern selbst die größten Teile der sozialdemokratischen Anhängerschaft von der Notwendigkeit der sozialen und politischen Umwälzung überzeugt war. Da ging es nicht um die Frage, Klassenkampf ja oder nein, sondern, wie diese Umwälzung vor sich gehen und welche Stellung die Arbeiterklasse darin einnehmen soll. Wenn Lenin damals feststellte, daß die Anerkennung des Klassenkampfes nichts bedeutete und rückschrittlich sei, wenn dies nicht damit verbunden wird, daß es zugleich um die politische Macht der Arbeiterklasse geht, dann trifft eine solche Feststellung für die gesellschaftliche Wirklichkeit in Westdeutschland heute nicht zu. Heute muß derjenige als fortschrittlich und vorantreibend in der Arbeiterbewegung betrachtet werden, der z.B. in der Gewerkschaftsbewegung für die Auffassung „Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft" eintritt. Diese Kräfte fühlen sich, soweit sie nicht revolutionäre Sozialisten sind, politisch als linke Sozialdemokraten, Anhänger der DKP oder der sozialistischen Strömung bei den Grünen und haben entsprechend nicht nur Vorstellungen über die Ausweitung des Klassenkampfes, sondern eben auch Großteil reformistisch geprägter Auffassungen. Aber wo immer wir in den letzten Jahren positive Erfahrungen mit dem Einfluß unserer Partei auf die Entwicklung in konkreten Auseinandersetzungen in Betrieben und in Belegschaften gemacht haben, da hat das Verhältnis von uns zu diesen Kräften, zu dieser Strömung eine wichtige Rolle gespielt. Indem wir in Betrieben wie Siemens, HDW oder im Stahlbereich konkret eine selbständige Politik zu den drängenden Fragen wie Arbeitsplatzvernichtung, Akkordsystemen, Kurzarbeit und anderen



Bedrohungen der Kolleginnen und Kollegen entwickelt haben, indem wir den Grundsatz verfolgt haben, daß nur eine Mobilisierung dieser Kolleginnen und Kollegen eine wirkliche Möglichkeit zur Durchsetzung von Forderungen schafft und indem wir uns positiv zu den fortschrittlichsten Kräften verhalten haben, ihr Bestreben nach einer antikapitalistischen Politik als Basis für eine gemeinsame Arbeit verstanden haben — nur aus diesen Faktoren zusammen ist es zu erklären, daß wir in einigen Bereichen unserer politischen Arbeit von einer einflußreichen Rolle unserer Partei sprechen konnten, und dies gilt ja nicht nur für die oben angesprochenen Betriebe. Daß sich in dieser antikapitalistischen Strömung eine ganze Reihe von reformistischen Vorstellungen wie die Zurückdrängung der Macht des Kapitals durch den Klassenkampf und ähnlichem finden, ist eben anders als in den 20er Jahren kaum als das Produkt der am Erhalt des Kapitalismus interessierten Schicht von Arbeiteraristokraten anzusehen, sondern Anzeichen, daß der fortschrittliche, nach Veränderung drängende Teil der Arbeiterbewegung Grundlagen des Opportunismus noch nicht überwunden hat. Die Arbeiteraristokratie und Bürokratie in der Gewerkschaftsbewegung ist nach wie vor die soziale Basis für die Politik der sozialen Partnerschaft, für eine Gewerkschaftspolitik, die sich nach der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer auszurichten hat, die auch in der Krise von der sozialen Symmetrie schwärmen — sie fühlt sich in der SPD-Politik bestens aufgehoben.

Indem die revolutionären Sozialisten für eine selbständige revolutionäre Arbeiterpolitik eintreten, werden sie dies nicht in erster Linie in Abgrenzung zu den Kräften tun können, die heute für eine Ausweitung des Klassenkampfes in der Gewerkschaftsbewegung eintreten, wie dies aus einer reinen Übertragung der Theorie vom schonungslosen Bruch mit den Opportunisten folgen würde, sondern in erster Linie nach einer gemeinsamen antikapitalistischen Politik mit ihnen streben und mit ihnen in die politische Auseinandersetzung eintreten über die Perspektive der Arbeiterbewegung, über die Möglichkeiten des Sozialismus und die Notwendigkeit der politischen Macht in den Händen der Arbeiterklasse. Diese Diskussionen finden ja statt — die Frage ist nur, wie die revolutionären Sozialisten es verstehen, sich hier Gehör und Einfluß zu verschaffen.

Dies bedeutet also nicht etwa ein ideologisches Stillhalteabkommen, nicht den Verzicht auf die Kritik an den falschen politischen Auffassungen, sondern festzustellen, daß diese Strömung nicht das Hindernis einer sozialistischen Entwicklung der Arbeiterbewegung darstellt, sondern die Kräfte, von deren Entwicklung das Problem der Herausbildung einer revolutionären Massenpartei maßgeblich abhängt.

Keine Sektentheorie

Aus der Tatsache der ungleichmäßigen Entwicklung der Arbeiterbewegung wies Lenin die Notwendigkeit einer revolutionären Arbeiterpartei nach, die in der Lage ist, die Vorhut, die fortschrittlichsten und am weitesten entwickelten Kräfte der Arbeiterbewegung in ihren Reihen zu vereinigen. Ohne eine solche Vorhutpartei war für ihn der Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus in der Arbeiterbewegung undenkbar. Nur war dies von Lenin nie als politische Selbstbeweihräucherung gemeint oder gar, wie es in den revisionistischen Parteien heute zuhauf praktiziert wird, als Rechtfertigung für die Herrschaft einer kleinen Clique über die Arbeiterklasse (als Beispiel sie nur die SED angeführt, die sowohl in Programm und Statut sich zum Vortrupp der Klasse erklärt).

Wenn wir im alten Programm in dem Kapitel mit der Überschrift „Über die Notwendigkeit der führenden Rolle der kommunistischen Partei" die KPD zur Vorhutpartei in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR erklären — was hat eine solche Selbsteinschätzung eigentlich geklärt? Reicht es nicht, daß wir eine revolutionäre Arbeiterpartei sind, daß wir den wissenschaftlichen Sozialismus zur führenden Strömung in der Arbeiterbewegung machen wollen.

Unsere Partei war trotz erheblicher Schwächen und Fehler immer eine revolutionäre Partei, eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus. Uns deshalb als Vorhutpartei einzuschätzen ist sowohl irreführend wie falsch. Nie war in der leninschen Definition allein das Eintreten für den wissenschaftlichen Sozialismus maßgebend, sondern auch der reale Einfluß, den eine solche Partei auf die Arbeiterbewegung auszuüben in der Lage war, also daß eine revolutionäre Arbeiterpartei nicht nur die revolutionärsten, die fortschrittlichsten, sondern auch die vorantreibendsten Kräfte der Arbeiterbewegung erfassen muß. Solch ein Stadium hat die Strömung der revolutionären Arbeiterpolitik bis heute nicht erreicht — da muß eine solche Selbsteinschätzung einem zwangsläufig den Vorwurf des selbsternannten Führers einbringen. Welchen Grund aber hätte eine Partei, die solches tatsächlich von sich sagen könnte, dies groß hinauszuposaunen.

Interessant ist an dieser Stelle, wie ein Sprecher der dogmatischen Kräfte in unserer Partei, der Genosse D.M., auf die Ausführungen des Genossen Hotschi in dem Artikel „Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD" reagiert. Dort geht der Genosse Hotschi an einer Stelle auf die besonderen Bedingungen in der russischen Arbeiterklasse ein, die die konkrete Ausübung der Diktatur des Proletariats maßgeblich beeinflußt haben. Es geht darum, daß infolge der zahlenmäßigen Schwäche der Arbeiterklasse, eines starken kleinbürgerlichen Einflusses auf sie, die kulturelle Rückständigkeit und andere Faktoren nur eine sehr schmale Schicht von Arbeitern zur Leitung befähigt war — daß all dies konkrete Bedingungen in der Sowjetunion waren, die dazu führten, daß die Macht der Arbeiterklasse nur durch die bewußteste Minderheit verwirklicht werden konnte. Daß wir heute in der BRD ganz andere Bedingungen vorfinden. Auf diese Darlegung antwortet der Genosse D.M. mit einem Lenin-Zitat, um dem Genossen Hotschi die Entstellung Lenins nachzuweisen:

„Und in der Tat, im Zeitalter des Kapitalismus, wo die Arbeitermassen unaufhörlich ausgebeutet werden und nicht imstande sind, ihre menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln, ist für die politischen Parteien der Arbeiter gerade der Umstand am charakteristischsten, daß sie nur eine Minderheit ihrer Klasse erfassen können. Die politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse erfassen, ebenso wie die wirklich klassenbewußten Arbeiter in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheit aller Arbeiter bilden. Deshalb müssen wir anerkennen, daß nur diese klassenbewußte Minderheit die breiten Arbeitermassen leiten und führen kann." (Rede über die Rolle der kommunistischen Partei", 23. Juli 1920). Soweit das Zitat, das der Genosse D.M. als Gegenbeweis liefert und er vergißt zu erwähnen, daß just im nächsten Satz Lenin nach diesem Zitat ein weiteres Merkmal für diese Partei der Minderheit hinzufügt, indem er sagt: „Wenn diese Minderheit wirklich klassenbewußt ist, wenn sie die Massen zu führen versteht, wenn sie fähig ist, auf aktuelle Fragen antwort zu geben — dann ist sie im Grunde genommen eine Partei." Die Ausführungen von D.M. beweisen nichts, außer daß er die Ausführungen über Minderheiten benutzt, um vielleicht aus der Not (der Kleinheit der kommunistischen Bewegung heute) eine Tugend (sprich ein Prinzip) zu machen. Wenn der Genosse Hotschi auf die sehr schmale Schicht der zur Leitung befähigten Arbeiter in Rußland anspricht, dann meint dies aus den besonderen Umständen der Verhältnisse tatsächlich sehr kleine Minderheit. Vergessen wir nicht, daß auch die Zahl von SPD-Mitgliedern heute (mit annähernd einer Million) immer noch eine Minderheit sind und daß selbst der DGB mit 7 Mill. Mitgliedern ganze 35 Prozent der westdeutschen Arbeiterklasse erfaßt.

Die leninsche Theorie von der Notwendigkeit einer Vorhutpartei wird ihres Kerns beraubt, wenn sie als Rechtfertigungsideologie für die Existenz politischer Sekten mißbraucht wird, d.h. die Unfähigkeit zur Entfaltung einer revolutionären Arbeiterpolitik ummänteln soll. Warum wohl hat Lenin in seinen Einschätzungen zu den verschiedenen Situationen der Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern so unterschiedliche Ratschläge gegeben? Warum empfiehlt er den englischen Kommunisten z.B., die nur eine sehr kleine Partei waren, zur Wahl der Labour Party aufzurufen „um sich bei den Massen Gehör zu verschaffen", warum empfiehlt er ihnen, zu erwägen, in der Labour Party zu arbeiten (nachdem er auf die besondere Eigenart der englischen Labour Party hingewiesen hat)? Weil die Ergebenheit der Kommunisten zum Sozialismus und zur revolutionären Umwälzung der Gesellschaft allein nichts ist, wenn sie nicht zugleich ständig bestrebt sind, den wissenschaftlichen Sozialismus in der realen Arbeiterbewegung als politische Alternative zu verankern, wenn sie sich nicht in den konkreten Kämpfen beweisen, daß ihre Antworten sich für die Zukunft der Arbeiterbewegung als richtig erweisen. Dort, wo die Kommunisten auf eine breite sozialistische Massenstimmung in der Arbeiterbewegung rechnen konnten, wie z.B. in Deutschland, dort empfiehlt er den einflußreichen revolutionären Arbeiterpartei entsprechend ein ganz anderes Vorgehen.

Dies soll nur kurz andeuten, daß Lenin selbst die Aufgabe der Kommunisten stets darin sah: „...daß man es versteht, die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene **Eigenart** der Beziehung zwischen den Klassen und Parteien, auf jene **Eigenart** in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist und die man zu studieren, zu erforschen und zu erraten fähig sein muß." (Lenin, Bd. 31, S. 76)

Wir halten die Art und Weise, in der wir in der Vergangenheit — auch in dem alten Programm mit der Selbsteinschätzung als Vorhutpartei umgegangen sind, für eine sektiererische Entstellung.



Führende Rolle der Partei

Wie aber verhält es sich nun mit der Festschreibung der führenden Rolle der kommunistischen Partei, welche Bedeutung hat das in der theoretischen und politischen Orientierung einer marxistischen Politik heute? Wir meinen, daß es sich damit ähnlich verhält wie mit der Selbsteinschätzung als Vorhutpartei. Es sind doch nicht nur kleinbürgerliche Vorurteile, die den Kommunisten bei der Verwendung solcher Begriffe zur Definierung der Rolle einer politischen Partei das Leben so schwer machen. Da sind die Erfahrungen und lebenden Beispiele der revisionistischen Parteien, die just mit diesen Begriffen ihre Herrschaft über die Klasse zementieren. Aber mehr noch erlebt unsere Arbeiterbewegung die Führungsansprüche in der Gewerkschaftsbewegung und durch die bürgerlichen Arbeiterführer — immer kennzeichnet so etwas das Verhältnis zur Arbeiterbewegung als einem Verhältnis zur Manövriermasse, die man zur Durchsetzung eigener politischer Vorstellungen braucht. In Polen hat die revisionistische Clique sogar per Gerichtsbeschluß die führende Rolle dieser Partei in die Satzung der Solidarność schreiben lassen. Wir haben im alten Programm die Notwendigkeit der Führung durch die kommunistische Partei festgeschrieben — überzeugt hat es außer unserer Mitgliedschaft offensichtlich keinen.

Der Begriff der führenden Rolle der Partei hat offensichtlich Auslegung erfahren, die mit einem richtigen Verhältnis zwischen Partei und Klasse nicht das geringste zu tun haben. Wir haben kein Interesse daran, daß die Rolle unserer Partei so verstanden wird, als sei unser Bestreben nur die Übernahme der Interessen der Arbeiterklasse aus den Händen der Parteien, die heute diese Vertretung beanspruchen. Wir wollen, daß die Rolle der Kommunistischen Partei so verstanden wird, daß wir vor allem erreichen wollen, daß die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse die Sache der Klasse selber wird. Unsere Überzeugung ist, daß dies nicht möglich ist, ohne daß der wissenschaftliche Sozialismus zur führenden Ideologie in der Arbeiterbewegung wird. Das setzt eine einflußreiche Partei des wissenschaftlichen Sozialismus voraus — mehr noch eine Partei, die, politisch, organisatorisch und ideologisch so stark ist, daß sie die Mehrheit der Arbeiterklasse zur Entfaltung des eigenständigen Klassenkampfes, einer eigenen Klassenpolitik befähigt. Insofern dies unter der führenden Rolle der Partei verstanden wird, sind wir für die führende Rolle der Partei. Nur tatsächlich ist heute mit dieser Begrifflichkeit immer etwas verbunden, das etwas ganz anderes zum Ausdruck bringt, so als sei das Verhältnis zwischen Partei und Klasse ein Verhältnis von Befehl und Gehorsam.

Zum Schluß noch einmal zum Programm

Wir meinen, daß wir tatsächlich das Programm als die politische Begründung für die Notwendigkeit unserer Partei — einer Partei der revolutionären Arbeiterpolitik betrachten sollten. Eine allgemeinere Darlegung über die Notwendigkeit solch einer Partei aus unseren grundlegenden Überlegungen über den Verlauf des Klassenkampfes sollte nicht Teil des Programms werden, sondern sollte gesondert geschehen, z.B. in einem Grundsatzdokument des Parteitages oder in der Präambel des Statuts.

Dies hat mit Geringschätzung dieser Frage der Partei nichts zu tun, sondern damit, daß wir in dem Programm insgesamt ja keine theoretischen Darlegungen entwickelt haben, sondern unsere politischen Anschauungen, unsere politischen Ziele. Die Gewinnung neuer Menschen für unsere Partei beruht im wesentliche darauf, ob diese Auffassungen und natürlich die Politik, die sich darauf gründet, überzeugend ist. Ihre Überzeugungskraft begründet auch in erster Linie die politische Einheit in einer Partei.

Aber es gibt auch eine theoretische und ideologische Debatte, in der wir in der Tat die Notwendigkeit einer revolutionären Arbeiterpartei und ihre Rolle nachweisen und darlegen müssen.

+ Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Organisation des Handelns?

Marians Artikel „Programmdiskussion oder Definitionsdebatte" im RM 27/28 verdreht in besonders krasser Weise die Tatsachen. Er behauptet, die Marxisten-Leninisten hätten der Partei eine Diskussion aufgezwungen. Es ist aber ganz offensichtlich, daß in Wirklichkeit das ZK der Partei die fruchtlose, desorientierende „Programmdiskussion" aufgezwungen hat.

Marian beruft sich allen Ernstes darauf, die Partei müsse eine „Organisation des Handelns" sein. Will er wirklich behaupten, es seien die Marxisten-Leninisten, die die Partei in einen unverbindlichen Debattier-Club verwandelt haben? Das ZK hat doch bereits **vor** der „Programm-Diskussion" dafür gesorgt, daß die Partei kaum mehr „handelte". Wäre die Partei nicht mit der „Programmdiskussion" beschäftigt worden, so wäre offenkundig, daß sie **eigentlich gar nichtsmehr tut.**

Es ist die vordringlichste Aufgabe der Marxisten-Leninisten, dafür zu sorgen, daß die Partei endlich wieder handelt. Dies wird nicht möglich sein, ohne sich von den Revisionisten zu trennen.

Sollen doch die Revisionisten die volle „Freiheit" haben, in den Sumpf zu gehen und sich dort mit ihresgleichen zu vereinigen. Man soll schließlich niemand an seinem Glück hindern. Wer sich in Sumpfblasen und Debattierclubs wohl fühlt, möge sich dort hinbegeben. Er möge den Marxisten-Leninisten aber nicht zumuten mitzukommen.

Rotfront
P., Heidelberg

Betr.: Frauen I, II usw.

Papi hilft Mami im Haushalt oder Mami und Papi teilen sich die Hausarbeit.

Diese Auffassung hat mich offensichtlich zum Teil inzwischen auch in Genossen-Ehen durchgesetzt. War es doch lange Zeit eher so, daß die in der Partei organisierte Ehefrau aus der „Einsicht" heraus, daß ja die politische Arbeit des proletarischen Ehemannes wichtiger sei als die ihre, die Mehrfachbelastung Hausfrau, Mutter, Berufstätigkeit kritiklos und großzügig hingenommen hat, ihre gewerkschaftliche und Parteiarbeit geleistet hat, sondern darüber hinaus auch noch stets zu Diensten war, wenn es galt, die politische Arbeit der Männer in den Betrieben zu unterstützen. Ausführungen dazu erübrigen sich.

Jede Genossin und jeder Genosse erinnert sich selbst daran, auch wenn dies für viele von uns schon länger zurückliegen mag. Denn welche Genossin hält das schon 10 Jahre lang und mehr durch?

Kein Schwein hält das durch. Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß wir heute mit der Tatsache zu tun haben, daß nur noch relativ wenige Frauen in unserer Partei politisch aktiv sind und wenn die Ehen nicht auseinandergebrochen sind, dann finden wir nicht selten hübsche kleine Familien vor, die treu und brav das reproduzieren, was die Bourgeoisie von ihren Untertanen erwartet. Die Kleinfamilie. Natürlich packt Vati inzwischen auch mit an, klar.

Doch frage ich an dieser Stelle, gegen die, die sich einfach weigern, die Hausarbeit und Familie als Thema unserer ideologischen und politischen Arbeit anzuerkennen:

„Worin unterscheiden sich denn nun eure Ansichten gegenüber den rechtskonservativen Auffassungen und Zielen Heiner Geißlers und der übrigen Wendepolitiker?"

Ich habe lange gezögert zu diesem Thema in der Partei schriftlich Stellung zu beziehen. Es ist dermaßen emotionsgeladen, daß es einem furchtbar schwerfällt, sachlich den Kern zu treffen, um den es meiner Ansicht nach gehen sollte. Und da wir schon soviel Zeit vergeudet haben, dadurch daß wir diese Frage zum Tabu erklärt haben, fürchte ich eine weitere Phase polemischer Anmache, bevor wir zu Sache kommen. Aber mit jedem Leserbrief, wo Frauen die Haare zu Berge stehen, weil sie mit bestimmten Auffassungen nicht übereinstimmen, wo sie Positionen bescheuert finden und Überlegungen als kleinbürgerliches Gewäsch abqualifizieren, wird meine Geduld nicht größer, sondern meine Gefühle mehr strapaziert. Und so lasse ich das jetzt raus. Deshalb fängt mein Leserbrief auch nicht fein sachlich mit Punkt 1 an, sondern mit der kleinen Polemik hier, aller guten Vorsätze zum Trotz.

Jetzt Punkt 1: Meiner Ansicht nach wird es keine Revolution, ja nicht einmal eine erfolgreiche Verhinderung von Faschismus und Krieg geben, wenn es der Arbeiterbewegung nicht gelingt, ihre Spaltung in Männer und Frauen mit unterschiedlichen Rechten weitestgehend zu überwinden, indem sie den Feminismus als integrativen Teil ihrer Auffassungen und ihrer Politik begreift!

Punkt 2: Im Vertrauen darauf, daß unsere Partei hier einen entscheidenden Beitrag leistet, kämpfe ich weiter in der Partei, die gerade durch die Programmdiskussion zeigt, daß sie durchaus zu einer lebendigen, den Erfordernissen des Klassenkampfes **heute** entsprechenden Politik fähig sein kann.

Punkt 3: In der relativ kurzen Zeit, in der sich ein Teil der Genossinnen einer umfassenderen Auseinandersetzung mit dem Feminismus und der Stellung der Arbeiterbewegung zum Feminismus und umgekehrt befindet, ist vieles Richtige und auch Falsches gesagt worden. — Falsches, na und?!

Wie oft hat sich die Arbeiterbewegung von falschen Auffassungen leiten lassen? Wie oft hat sich die Partei geirrt. Dürfen wir in der Frauenfrage von Anfang an nur Richtiges sagen? Vielleicht irre ich mich gerade in diesem Moment? Das billige ich mir zu! Und ich hoffe weiterhin innigst, daß wir zu einem solidarischen, lebendigen Miteinanderringen kommen werden. Und das wird ja wohl nur möglich sein, wenn wir uns endlich davon frei machen, die allgemeine Weisheit präsentieren zu müssen.

Jetzt zum Punkt: Es darf und in der „Frauenfrage" nicht nur um die Stellung der Frauen im Produktionsprozeß gehen, sondern es muß uns um die Stellung der Frauen in der Gesellschaft im allgemeinen gehen. Denn die unterdrückte Stellung der Frauen wirkt im Wechsel auf alle Teile der Gesellschaft und trägt entscheidend zum Bestand dieser Klassengesellschaft bei. Weil das so ist, ist der Feminismus keineswegs nur eine Frauenfrage, sondern ein Problem mit dessen Lösung sich alle Menschen befassen sollten, die für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten und noch viel mehr die, die für die klassenlose Gesellschaft eintreten, d. h. die Kommunisten als Teil der Arbeiterbewegung. Und so sollte es auch nicht länger hingenommen werden, daß die Lösung dieses Problems weiter nur das Problem von uns Frauen bleibt, sondern die Partei muß sich insgesamt bemühen, diese Frage politisch und programmatisch zu integrieren. —

So wie er ist, ist der Programmentwurf nur ein halber Programmentwurf, da er über 50 Prozent der Gesellschaft und ihre Stellung zum Kapital und den patriarchalischen Verhältnissen einfach ignoriert. Wobei noch offenbleibt, wie weit sich die bisher formulierten Positionen unter Einbeziehung feministischer Gesichtspunkte auch noch verändern werden. —

Weiter: Da unsere Auffassungen im wesentlichen auf der ökonomischen Analyse der Gesellschaft basieren, möchte ich auch mit dieser Frage beginnen. Dies ohne die Bedeutung des Problems, die in der Unterdrückung der Frauen durch ihre Männer und die Männer schlechthin liegt, schmälern zu wollen.

Es geht darum, ob wir die Hausarbeit, Kinderaufzucht und die private Sozialarbeit als ökonomisch eigenständigen Faktor anerkennen oder nicht, d. h. die Reproduktion der Ware Arbeitkraft als Warenproduktion behandeln und nicht, wie bisher als Liebesdienst der Frauen für die Männer und Kinder.

Ich behaupte, daß die kapitalistische Gesellschaft sich die Reproduktion der Ware Arbeitskraft kostenlos aneignet, d. h. zu 100 Prozent, und zwar den Anteil, den die Hausarbeitszeit den übrigen Werten hinzufügt. Auch wenn der Lohnarbeiter einen Teil der täglichen Arbeitszeit vom Kapitalisten bezahlt bekommt, den Teil, den er zur Produktion seiner Arbeitskraft je nach dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung benötigt, so ist dabei zwar das Wohnen, Kleidung und Ernährung von Frauen und Kindern inbegriffen (ein sog. Familieneinkommen) nicht aber die Entlohnung der von der Hausfrau aufgebrachten Arbeitszeit in einem Verhältnis zu den außerhalb der privaten Sphäre geltenden Wertmaßstäben. D. h., die oder meinetwegen auch der Hausarbeiter wird lediglich mit Nahrungsmitteln, Bett, Stuhl und Kleidung bedacht, d. h. die Person ist kein freier Lohnarbeiter(in) sondern nach meinem Wissen und Empfinden Sklave(in).

Neueste Statistiken (bürgerliche) besagen, daß in der BRD 60 Milliarden Arbeitsstunden im Haushalt ohne Bezahlung geleistet werden. Demgegenüber stehen 62 Milliarden in den übrigen Bereichen. Bei der derzeitigen Stellung der Frau in unserer Gesellschaft bedeutet dies, daß 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit von Frauen geleistet werden und mit wachsender Krise ist der Anteil, der davon unbezahlt geleistet wird, zunehmend.

Damit, daß die Frau in der kapitalistischen Gesellschaft Sklave bleibt, sage ich ja eigentlich nichts Neues. Doch fehlt mir bisher (wer es besser weiß, weise mich bitte darauf hin) einer marxistische Analyse der Arbeiterlohnes in dieser Hinsicht in unseren Reihen.

Meiner Ansicht nach hat Marx zwar in seiner Mehrwerttheorie den Arbeitslohn hinsichtlich der Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit demaskiert nicht aber die bezahlte Arbeitszeit im Hinblick auf die Familie, bzw. wurde die Tatsache, daß Hausarbeit unbezahlt bleibt, von ihm nicht in Frage gestellt. Ich werfe dies Marx nicht unbedingt vor, wie es viele Feministen tun. Doch spreche ich auch von einer patriarchalischen Mehrwerttheorie, weil sie die Frau als eigenständiges Wesen mit dem Recht auf Gleichstellung in dieser Hinsicht außer Acht läßt. Und ich bin der Meinung, daß es nun 100 Jahre später endlich an der Zeit ist, hier mal weiterzugehen.

Kommt einem ja die Galle hoch, wenn man bedenkt, daß die Bourgeoisie hier unbehelligt weiter profitiert und dies offensichtlich auch noch weiter tun möchte. Ist sie es nicht gerade, die durch die Debatte um den Hausfrauenlohn in die Offensive gegangen ist? Sicher nicht, um uns Frauen unser Recht **zukommen** zu lassen. Dies sollte ein erster Anriß dieses Problems sein. —

Im übrigen bin ich konsequenterweise für bezahlte Reproduktionsarbeit, unabhängig davon, ob sie privat in der Familie geleistet wird oder anderswo. (Am liebsten direkt aus den Profiten der Reichen. Solange dies nicht durchsetzbar ist, von mir aus auch aus dem Wehretat.) Aber Spaß beiseite.

Die Frage so herum gestellt, macht erstens deutlich, daß dies nicht nur eine Frauenfrage ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche, die bereits heute zur Lösung ansteht und meines Erachtens bei entsprechendem politischen und gesellschaftlichen Druck zumindest teilweise auch im Kapitalismus lösbar wäre, die aber wie kaum eine andere die kapitalistischen Schranken ins Wanken bringt und förmlich nach Sozialismus schreit.

Diese Losung steht erst mal: (1) Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau — (2) Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus

Schöne Grüße
C. H., Lübeck

Wieder da: Die Schmetterlinge



Die Schmetterling bei ihrem Auftritt in Dortmund beim Pressefest 15 Jahre „Roter Morgen", 1982.

„Nix is' fix!"

Nix is' fix — schon gar nicht die Wiener Musikgruppe „Schmetterlinge", wenn's um ein neues Programm geht. Jetzt aber ist es bald fertig. Titel **„Nix is' fix!"**, ein musikalisch-theatralischer Versuch über die letzten 40 Jahre in Österreich. Da es viele Parallelen und Gemeinsamkeiten zwischen Österreich und der Bundesrepublik nach ihrer „gemeinsamen" Geschichte im Faschismus gibt, und die Schmetterlinge beim Erarbeiten des Stückes auch an ihr großes Publikum in Westdeutschland gedacht haben, darf man auch hier echt gespannt sein.

Die große BRD-Tournee findet im Herbst statt — jetzt schon sind Ausschnitte des neuen Programms bei uns zu sehen. Bei einigen Auftritten in Nordrhein-Westfalen — zum größten Teil im Rahmen von DGB-Jugendveranstaltungen zum Antikriegstag — stellen die Wiener Teile von „Nix is' fix!" vor — und sicherlich wollen sie auch testen, wie's ankommt. Also nix wi hin.

Hier die Termine: Di, 27. August, Herne, Mi, 28. August, Witten, Do, 29. August, Dorsten, Fr, 30. August, Dortmund, Sa, 31. August, Duisburg, So, 1. September, Paderborn. (Ort und Uhrzeit jeweils bei der DGB-Jugend erfragen, in Dorsten beim Jugendamt).

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Demnächst in Hannover

Rechtes Journalistendiplom

Ernst Albrecht hält nicht viel von den öffentlich-rechtlichen Medien. Als er vor Jahren den NDR-Staatsvertrag aufkündigte, wollte er *„das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu gestalten."* Albrecht brachte seine Kritik am Rundfunk auf die kurze Formel, man solle mehr über Fußball und weniger über Homosexualität bringen, und nicht soviel *„gesellschaftspolitischen Quark"* senden.

Neben der kürzlich erteilten Lizenz für ein Zeitungsverleger-Hörfunkprogramm einschließlich des Hauses Springer hat Albrecht noch größere Pläne. Seine Staatskanzlei kümmert sich jetzt auch um den rechten Journalistennachwuchs.

Nicht etwa das eigentlich zuständige Wissenschaftsministerium, sondern Albrechts Staatskanzlei hat einen Studiengang für „Diplom Journalisten" ausgearbeitet. Den auch gleich an die Hochschule für Musik in Hannover vergeben, weil man dort — analog zum Klavierspiel-Test — die Bewerber von den Professoren persönlich auf *„Eignung und Neigung"* prüfen kann. Die Staatskanzlei ließ für das neue Studium auch gleichzeitig ihr altes Gebäude für 1,42 Millionen Mark renovieren. Ohne die allgemein gültigen Kriterien der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen und isoliert von den anderen Wissenschaftszweigen kann man dort die rechten Elite-Journalisten ausbilden.

Die inhaltliche Ausarbeitung des neuen Studienganges oblag einer Gutachterin, die als Assistentin für Politologie an der Bundeswehrhochschule in Hamburg arbeitete. Sie bemängelte in ihrem Gutachten die allgemein schlechte Berichterstattung über die Industrie. Da werde *„eine realistische Einordnung in die Mechanismus der Marktwirtschaft zugunsten einseitiger ideologischer Kritik vernachlässigt"*, sie kritisierte die *„Realitätsferne vieler Journalisten, ihren Hang zur Ideologisierung"* und pries das niedersächsische CDU-Mediengesetz *„als Motor einer neuen Medienpolitik"*. Auch dieses Gutachten wurde für Albrechts Staatskanzlei, nicht für das Wissenschaftsministerium geschrieben. Und mit nicht wenig Erfolg. Die Gutachterin, Beate Schneider von der Bundeswehrhochschule, wurde erste Professorin für diesen Studiengang. Ihre fehlende Habilitation (akademische Lehrbefugnis — RM) wurde nicht als Hindernis für ihre Berufung angesehen, die unter anderem von Beamten des Bundespresseamtes in Bonn als „Experten" unterstützt wurde. Eine weitere Berufung ging an den Münchener Kommunikationswissenschaftler Klaus Schönbach, der aber noch nicht zugesagt hat.

Beste Aussichten auf eine Professur hat noch die Kandidatin Claudia Mast aus der Schule des erzkonservativen Münchener Otto Roegele. Sie ist Angstellte bei Siemens und Lehrbeauftragte an der Münchener Universität, wo sie sich publizistisch für die Ausstattung von Redaktionen mit elektronischen Textverarbeitungssystemen engagiert. Sie hat allerbeste Verbindungen zu Walter Schütz, Ministerialrat im Bonner Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, der als Graue Eminenz der „Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft" zu den eifrigsten Förderern des Albrecht-Projekts gehört.

Im Wintersemester 85/86 soll der Studiengang beginnen. Zwar hat man das einzige in Niedersachsen bestehende Institut für Publizistik — an der Universität Göttingen — einfach links liegen lassen, das *„Befremden"* der Uni Hannover, *„daß die Universität zu den Vorüberlegungen zum geplanten Studiengang nicht gehört worden ist"* überhört, aber man hat einflußreiche Freunde gewonnen, die auch Arbeitsplätze für Hannovers rechte Diplom-Journalisten bieten können: Unter anderem ZDF-Intendant Dieter Stolte und seinen westberliner Kollegen vom Rias, Peter Schiwy.



VORANKÜNDIGUNG
KJD-Seminar Süddeutschland
13. bis 15. September bei Augsburg
Thema: Solidarität mit Nicaragua
Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort
Teilnehmergebühr: 25,— DM
Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

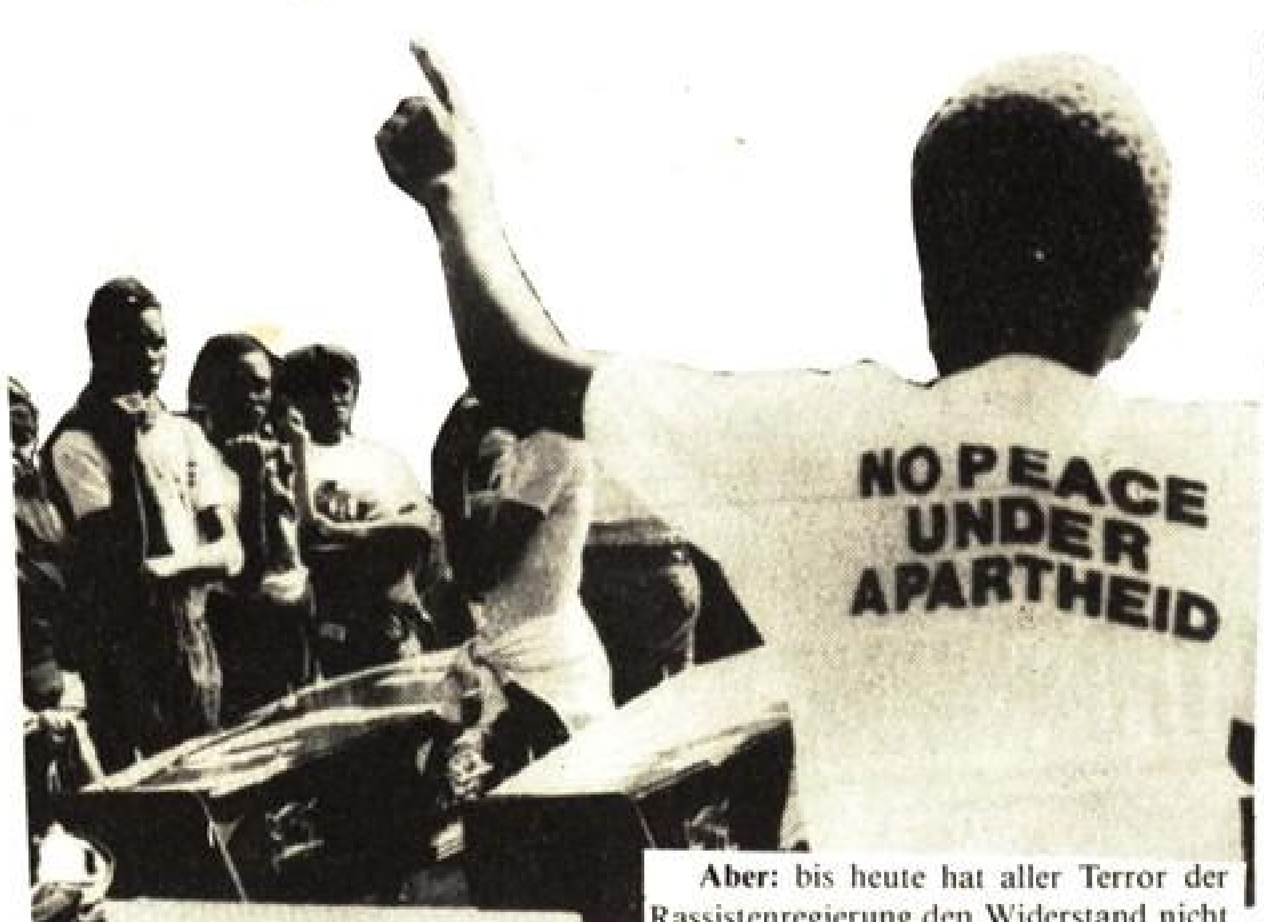
7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474



KPD *Boykott des Rassistenregimes!* KJD



Die Spekulationen nach den geheimen Gesprächen der südafrikanischen Rassisten mit Politikern aus den USA, Großbritannien und Westdeutschland sind hinfällig. Mittlerweile ist klar: Nichts, aber auch gar nichts werden die weißen „Herrenmenschen" in Südafrika ändern, wenn man sie nicht zwingt!

Die Rassentrennung, die totale Rechtlosigkeit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und die politische Unterdrückung in Südafrika wird mit brutaler Gewalt aufrechterhalten. Gegen die sich wehrenden Schwarzen haben die Rassisten den Ausnahmezustand ausgerufen.

Der Ausnahmezustand in 36 Bezirken Südafrikas betrifft ausschließlich die großen Wohngebiete der schwarzen Bevölkerung. Ausnahmezustand in Südafrika, das heißt: Alle Macht der Polizei. Ausnahmezustand heißt, daß die Polizei jederzeit Ausgangssperren verhängen kann, schwarze Wohnviertel abriegeln, Personen, Fahrzeuge kontrollieren und Grundstücke durchsuchen kann und Schriftstücke beschlagnahmen kann.

Ausnahmezustand bedeutet, daß Verhaftungen keines Haftbefehls bedürfen, und ohne ausdrückliche Genehmigung des Justizministeriums dürfen die Festgenommenen weder einen Anwalt noch Verwandte sehen.

Ausnahmezustand heißt, daß die Polizei auf jede oppositionelle Regung mit brutaler Gewalt reagiert: Demonstrationen werden mit Hunden, mit Peitschen, Knüppeln, mit Tränengas, Plastikgeschossen oder scharfer Munition niedergemacht — verbotene Demonstrationen sind mittlerweile auch die Beerdigungen der vielen schwarzen Todesopfer des Rassistenterrors.

Aber: bis heute hat aller Terror der Rassistenregierung den Widerstand nicht eindämmen können. Im Gegenteil, in immer neuen Gebieten lodert die Flamme des Aufstands — immer mehr Schwarze wollen nicht mehr so leben wie bisher.

Allen voran geht die Jugend in den schwarzen Vorstädten, die schon vor zehn Jahren mit dem Aufstand von Soweto ein Signal gab. Heute stehen die schwarzen *Kids* wieder in der ersten Reihe der Kämpfenden gegen das Unrechtssystem der Apartheid. Ein Beispiel, wie dieser Kampf aussieht, gibt die folgende Meldung der Nachrichtenagentur AP vom 12. August wieder. Sie beschreibt das Vorgehen der Polizei gegen einen Schulstreik von 100 000 (!) schwarzen Schülern: *„In der Schwarzensiedlung Kwa Thema bei Johannesburg durchsuchten Polizisten die Häuser nach streikenden Schülern und brachten sie zwangsweise in die Schulen. Wenn die Schüler sich dagegen wehrten, wurden sie von den Beamten nach Zeugenaussaen mit Knüppeln geschlagen. In einem Fall feuerten Polizisten mit Tränengas auf einen Schulhof, weil die zwangsweise zur Schule geführten Schüler sich weigerten, in die Klassenzimmer zu gehen."* **Alltag in Südafrika, Sommer '85.**

Neben den Jugendlichen sind es die Arbeiter, die den Kampf gegen das Rassistenregime aufgenommen haben. Ihre Lage schreit nach Veränderung. Sie leben in der Nähe der großen Fabriken und Bergwerke völlig rechtlos. Ihr Aufenthaltsrecht, ihre Wohnungen sind an den **Arbeitsplatz gebunden. Bei *„illegalen"*** Streiks, und das sind die meisten, werden sie entlassen, verlieren ihre Wohnung, werden in die „Homelands" deportiert, verschleppt, massenweise abtransportiert. Hier, in den „Reservaten" für Schwarze sind sie arbeitslos, Hungersnöte herrschen, die Kontrolle der weißen Rassistenregierung ist total.

Als erste haben die schwarzen Bergarbeiter der Kohlegruben und Goldminen eine mächtige Gewerkschaft aufgebaut. Ende August wollen sie für mehr Lohn und für die Verbesserung ihrer Lebenslage streiken. Dieser Kampf könnte eine entscheidende Wende bringen. Kohle- und Goldbergbau ist das wirtschaftliche Rückgrat des Rassistenregimes. **Internationale Solidarität mit den schwarzen Kumpel zu üben ist eine Verpflichtung für alle, die auf Seiten der Unterdrückten stehen, die gegen das Rassistenregime sind.**

Internationale Solidarität heißt in der Bundesrepublik ganz konkret die Profiteure, die Unterstützer des mörderischen Regimes von Pretoria zu bekämpfen. Das sind in erster Linie die großen Kapitalisten, die Konzerne von Siemens bis VW, die dort die Schwarzen ausbeuten, die Atomlobby, die großen Banken, die Profite aus dem Elend der Bevölkerung ziehen, und alle die Politiker, die diese Geschäfte decken, fördern und verteidigen.

„Langfristig attraktiv" nennt das Kapitalistenblatt *„Wirtschaftswoche"* Anfang August noch den Markt in Südafrika für westdeutsche Unternehmer. Gerade in den letzten Jahren immer verschärfter Unterdrückung — allein im letzten Jahr gab es 600 Tote — Opfer der Unterdrückung — mischt westdeutsches Kapital in erheblichem Umfang mit. In der *„Wirtschaftswoche"* liest sich das so: *„In der Tat baute die deutsche Industrie ihre Positionen am Kap kräftig aus. 1980 lagen die Investitionen bei nur 29,9 Millionen Mark, stiegen 1982 auf 64,7 Millionen Mark und kletterten 1983 auf 259,6 Millionen Mark. 1984 investierten deutsche Unternehmen immerhin noch weitere 171,2 Millionen Mark."* („Wirtschaftswoche" Nr. 32, 2. 8. 1985)

Und was fürchten die Unternehmer, die Profiteure der unmenschlichen Zustände in Südafrika? **Boykottforderungen und den Ruf nach wirksamen Sanktionen!** Nochmal die „Wirtschaftswoche": *„Die in Südafrika mit Investitionen von 1,23 Milliarden Mark engagierte deutsche Wirtschaft befürchtet, daß solche Forderungen auf die Bundesregierung eines Tages doch Eindruck machen könnten."* Man betrachte die Entwicklung *„mit Sorge"*.

Boykottforderungen und der Ruf nach Sanktionen sind international. Wer sich mal wieder fein raushalten will und die Unruhen „aussitzen" will, das ist die Bundesregierung. Und nicht nur die allein. Von Rechtsaußen, von Strauß, tönt es wie zu erwarten, daß alle Unruhen *„deutliche Zeichen kommunistischer Konfliktstrategie"* zeigen würden, und ein Boykott würde die *„mutige Politik des Premierministers"* Botha gefährden. Alfred Dregger versteht die weißen Herren auch, er würde sich an ihrer Stelle *„auf die Festung zurückziehen und um mich schießen"*. Kohl setzt auf Abwarten. Der neue „Afrika-Experte" der SPD, Günter Verheugen, empfiehlt zwar einen Boykott für Rüstungsgüter und Militärausrüstungen, schön, aber von der Forderung nach Gleichheit, wie sie in der Parole **„Ein Mann — eine Stimme"** ausgedrückt wird, hält er so wenig wie Strauß.

Die Bonner **Wunschregierung des Großkapitals** wird ohne massiven Druck keinen Boykott, keine Sanktion beschließen. Den muß man erzwingen. Und gegen das Gerede, ein Boykott würde nur die „Armen", die „kleinen Leute" treffen, zitieren wir hier den Führer der schwarzen Befreiungsbewegung ANC (African National Congress) Oliver Tambo, der den seit 22 Jahren eingekerkerten Nelson Mandela vertritt. Er antwortete auf die Frage, wer dem ANC das Recht gebe, Sanktionen zu fordern: *„Die Menschen in Südafrika. Seit dem vergangenen September haben 500 bis 600 ihr Leben gelassen. Die Menschen in Südafrika sagen, daß das Töten aufhören würde, wenn die Welt das Regime unter Druck setzte."* Oliver Tambo sagte weiter, Sanktionen allein würden nicht ausreichen, *„aber unser Kampf in Südafrika würde eher Resultate zeigen, wenn Druck von außen hinzukommt."*

Sorgen wir dafür, daß dieser Druck mächtig wird. Und warten wir nicht auf einen Schritt aus Bonn. Beginnen wir selbst und schaffen wir eine Stimmung in der Bundesrepublik, die die Regierung zwingt, ihre positive Haltung gegenüber dem mörderischen Rassistenregime zu ändern.

Fast alle **Banken** machen dicke Geschäfte mit Südafrika, an erster Stelle die **Dresdner Bank** — man muß diesen Fakt öffentlich machen. Die vielen Importeure südafrikanischer **Früchte** sollen doch auf ihren Waren sitzen bleiben. Die Händler, die **Obst** aus Südafrika anbieten, findet man in jeder Stadt. Die großen **Konzerne, Siemens, Pharma-Mulits** und fast alle **Automobilwerke** müssen von den Beschäftigten, von Gewerkschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten aufgefordert werden, ihre Beziehungen zur Rassistenrepublik einfach mal offenzulegen — die Empörung wird groß sein. Die **Häfen** Westdeutschlands sind die Hauptumschlagplätze für den Handel mit Südafrika. Rüstungsgüter gehen raus — Kohle, Uran, viele Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte kommen an — **wie lange noch ohne Proteste?**

Es gibt viel zu tun, unzählige Möglichkeiten, den kämpfenden Schwarzen in Südafrika zu helfen, in dem wir hier die blutigen Geschäfte öffentlich machen, bis es zu wirksamen Boykottmaßnahmen kommt. Bis Sanktionen verhängt werden, die die Mörderregierung von ihren internationalen Unterstützern isoliert, und das rassistische Ausbeutung und Terrorregime entscheidend schwächt. **Die ausgebeuteten und unterdrückten schwarzen Bewohner Südafrikas haben ein Recht auf unsere Hilfe in ihrem Kampf!**

Immer dabei: die deutschen Banken

	Südafrikanische Schuldner	Kredithöhe/ Anleihehöhe	Zinssatz	Laufzeit bis	bundesdeutsche Banken aus Manager oder Co-Manager
Januar	Republik Südafrika	70 Mio. SFr	6 %	1989	Deutsche Bank (Schweiz)
März	Electricity Supply Commission (ESCOM)	37 Mio. DM	variabel	1991	Commerzbank
März	Republik Südafrika	40 Mio. ECU	11,25 %	1999	Berliner Handels- und Frankfurter Bank
März	Republik Südafrika	75 Mio. US-$	variabel	1989	Dresdner Bank
April	South African Transport Services (SATS)	50 Mio. DM	8 %	1991	Berliner Handels- und Frankfurter Bank
April	Electricity Supply Commission (ESCOM)	150 Mio. DM	8 %	1992	Dresdner Bank; Commerzbank; Bayerische Hypotheken- und Wechselbank; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Deutsche Bank; Westdeutsche Landesbank/Girozentrale
Mai	Standard Bank Import & Export Finance Co. Ltd.	50 Mio. £	variabel	1992	Westdeutsche Landesbank/ Girozentrale
Juni	Industrial Development Corporation (IDC)	50 Mio. DM	8,38 %	1991	Dresdner Bank; Commerzbank; Bayerische Landesbank/Girozentrale
Juni	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	150 Mio. DM	8,38 %	1991	Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Bayerische Vereinsbank; Commerzbank; Deutsche Bank; Dresdner Bank; Bayerische Hypotheken- und Wechselbank; Bayerische Landesbank/Girozentrale
Juni	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	50 Mio. US-$	variabel	1988	Dresdner Bank; Landesbank Schleswig-Holstein
Juli	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	42 Mio. US-$	variabel	1989	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank
September	Electricity Supply Commission (ESCOM)	100 Mio. DM	8,25 %	1992	Commerzbank; Dresdner Bank; Bayerische Vereinsbank; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Deutsche Bank; Westdeutsche Landesbank/Girozentrale
Oktober	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	40 Mio. ECU	11,63 %	1999	Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Commerzbank; Dresdner Bank
November	South African Transport Services (SATS)	100 Mio. DM	7,63 %	1992	Deutsche Bank; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Bayerische Vereinsbank; Commerzbank; Dresdner Bank
Dezember	Republik Südafrika	250 Mio. DM	7,75 %	1992	Deutsche Bank; Commerzbank; Dresdner Bank; Bayerische Landesbank/Girozentrale; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Westdeutsche Landesbank/Girozentrale

Die relative Stabilität des Regimes von Südafrika, die wirtschaftliche Stärke wäre nicht denkbar ohne die Hilfe und Unterstützung ausländischer Banken. Während die Kritik am Regime immer größer wird, in einigen Ländern auf Grund des Protestes auch schon Banken Rückzieher gemacht haben, schert die bundesdeutschen Banken das alles einen Dreck. Langsam aber sicher sind sie die größten Finanziers des Rassistenregimes geworden.

So hat die Dresdner Bank AG über eine Beteiligungsgesellschaft die 51-Prozent-Stammkapitalmehrheit der ehemals rein namibischen SWABANK in Windhoek, Namibia übernommen und macht glänzende Geschäfte mit dem Regime, obwohl es international geächtet und boykottiert werden soll. Und die Dresdner Bank ist kein Einzelfall.

In der Zeit vom 1. Juni 1982 bis 31. Dezember 1984 haben bundesdeutsche Banken mindestens 48 Anleihen an Südafrika gemanagt. Von insgesamt 3754,6 Millionen US-Dollar haben die westdeutschen Banken allein 1235 Millionen Dollar besorgt. Bei den Anleihen, die über Banken (nicht über staatliche Stellen laufen) haben sie schon einen Anteil von 63 Prozent.

Die Zahlen stehen in der Bundestagsdrucksache 10/3309, einer Anfrage der Fraktion der Grünen, der wir auch die obenstehende Tabelle entnommen hagen, die — noch nicht einmal lückenlos — westdeutsches Bankenengagement in Südafrika auflistet.

Stoppt die Unterstützung für das Rassistenregime!
Boykott aller Waren aus Südafrika — Blockade der Handelsbeziehungen!
Schluß mit der Bonner Unterstützung für die Rassisten!
Freiheit für Nelson Mandela und alle politischen Gefangenen!
Solidarität mit dem Freiheitskampf in Südafrika!

Impressum: V.i.S.d.P. H.D. Koch, Wellinghofer Straße 103, 4600 Dortmund. Druck: Platzmann, Dortmund